

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 795.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Pfeilzeit oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 51.

Sonnabend, den 18. Dezember 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Erlahmt nicht in der Agitation. — Die Sozialpolitik des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Goller. — Bericht des internationalen Steinarbeitersekretariats (3. Quartal). — Die höchsten Weizenpreise seit zehn Jahren. — 5. schwedischer Gewerkschaftskongress. — Zwei Fälle aus der Rechtsprechung in der Unfallversicherung. — Zwanzigtausend Flaschen pro Tag. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — In den kommenden Wochen. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstelle. — Adressänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Die Gründung des Verbandes deutscher Granit- und Schleifereien ist perfekt. — Steinmetz-Bildhauer. — Zur Hilfsarbeiterfrage. — Die Arbeitslosenunterstützungsvorlage der Zahlstelle Straßburg. — Noch einige Worte zur Hilfsarbeiterfrage. — Der Papst und die christlichen Gewerkschaften. — Ritarisches. — Feuilleton: Wie die Menschen dauern lernten.

Zur Beachtung!

Um am Jahreschluss die Abrechnung der Hauptkasse schnellstens vornehmen zu können, ersuchen wir alle Zahlstellenkassierer, bis spätestens 31. Dezember mit sämtlich verkauften Markenmaterial abzurechnen. Dies ist in diesem Jahre um so eher möglich, weil schon am 25. Dezember die 52. Wochenmarke zu fließen ist. Die Abrechnungen sind sofort nach Quartalschluss fertigzustellen, unbekümmert um etwa vorhandene Restanten.

Ferner sind bis zum genannten Termin sämtliche Belege über die auf Konto der Hauptkasse ausgezahlten Gelder einzusenden, d. h. soweit diese noch zu verrechnen sind. Dies ist notwendig, damit auch die für 1909 gezahlten Unterstufungen in die Jahresabrechnung von 1909 eingestellt werden können. Ohne Belege kann nichts verrechnet werden.

Der Zentralvorstand.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Neben alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten, wo es sich um die folgenden Nummern der Bekanntmachung vgl.)

Wildemann. Die Pflastersteinbrüche Einsersberg und Adlersberg, der Firma Stegheim gehörig, sind gesperrt.

Essen. Die Firma Gebrüder Röder hat Lohnabzüge vorgenommen. Es wird nun versucht, daß die Firma die bestellten Arbeiten anderweitig aufreiben kann, was ihr aber nicht gelingen dürfte.

Dresden. Die Firma Keil & Co., Leipziger Straße 31, ist wegen Maßregelung für Granitarbeiter gesperrt.

Ebendorf. Wegen Lohnreduzierung ist der Pflastersteinbruch von Friedrich Pühl in Barleben gesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Kaiserhammer. Wegen Arbeitsmangel wurden bei der Firma A. Jakob in Schwarzhammer mehrere Entlassungen vorgenommen.

Baumholder. Das Granitwerk Burger ist gesperrt.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:

Oesterreich. Ofegg, Neuhaus, Neu-Bitritz, Höhelsdorf, Thumeritz, Wien, Schrems, Mauthausen, St. Georgen, Berg, Schwerberg, Klagenfurt, Seedorf u. Budapest. — **Böhmen.** (Oberösterreich). Die hiesigen Betriebe sind gesperrt. Der Werkführer Zieh will im Bayerischen Walde Steinarbeiter anwerben. Sein Bemühen wird aber nicht von Erfolg sein.

Schweiz. Zürich, Gurtellen, Chur, Wassen, Teufen, Wienachten.

Erlahmt nicht in der Agitation.

Die Zeit der Winter Sonnenwende naht, wir haben bald den kürzesten Tag und die längste Nacht erreicht. Da ist also noch mit einer Reihe von Wochen zu rechnen, wo uns lange Abende zur Verfügung stehen. In den Frühjahrs- und Sommermonaten hat sich mancher Kollege mit einem Schein von Recht von der Agitationsarbeit drücken können. Die jetzige Witterung aber fesselt die meisten Kollegen am Abend ans Haus, so daß sie leicht anzutreffen sind, also agitatorisch bearbeitet werden können. So mancher Kollege wird seine Zeit noch unnütz verträdeln, die er besser nutzen könnte und würde, wenn er sich den Ernst der Zeit, in der wir leben, nur richtig klar machen wollte!

Neben der Steuerbelastung durch die sogenannte Finanzreform droht uns auch noch das vereinigte Unternehmertum mit Maßnahmen zur Verschlechterung unserer Lebenshaltung, zum mindesten werden sie es versuchen, uns daran zu hindern, daß wir die Schmälerung des Geldes — des Geldlohnes — durch eine entsprechende Erhöhung unseres Verdienstes ausgleichen.

Es wird sich nun kein denkender Kollege die Tatsache verhehlen können, daß die Unternehmer heute über gefestigte Organisationen verfügen. Weiter, daß sie sich keinen Augenblick bestunnen werden, von ihrer Macht entsprechenden Gebrauch zu machen, wo immer das tunlich erscheint. Heute gilt mehr denn je der Grundsatz: Macht ist Recht. Wollen wir also unser Recht behaupten, so

brauchen wir entsprechende Macht. Wohl ist unsere Organisation bereits ansehnlich erstarkt, wohl ist sie ein Machtfaktor, mit dem die Unternehmer wohl oder übel rechnen müssen. Dennoch ist sie noch lange nicht am Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeit angelangt. Besonders einzelne Orte sind organisatorisch derart zurückgeblieben, daß dort alle Kräfte mobil gemacht werden müssen, um die Organisation auf die Höhe zu bringen.

Im kommenden Frühjahr stehen die gesamten Bauarbeiterorganisationen in Lohnbewegung. Mehr als 300 000 Arbeiter müssen darauf gefaßt sein, daß die Unternehmer den Krieg erklären. Wir haben es ja in Hamburg gesehen, welche Frechheiten sich die Unternehmer herausnehmen. Die Tarifbrüche der dortigen Steinmetzmeister wollte man mit einer raffinierten Rechtsverdrehung wegleugnen. Auch der Steinarbeiterverband hat 1910 eine schwere Belastungsprobe zu bestehen.

Auf keinen Fall dürfen wir uns noch darauf stützen, daß sich im letzten Moment die Fernstehenden doch noch dem Verbands anschließen, wenn sich ein Streit nötig macht. Heute kann nur diejenige Partei siegen, die am einigsten, am geschlossensten organisiert und diszipliniert ist. Je weniger Differenzen in unsern eignen Reihen vorhanden sind, desto größer und wirkungsvoller wird sich unsere Kraft auf den Gegner richten können. Jeder einzelne ist ein Teil unserer Gesamtkraft, je besser er also seine Pflicht erfüllt, desto besser funktioniert auch die Gesamtorganisation. Je mehr aber eigenmächtige, unüberlegte Einzelhandlungen die planmäßigen Maßnahmen der verantwortlichen Verbandsfunktionäre beeinflussen und stören, desto leichter machen wir es unsern Gegnern, den Kampf gegen uns zu führen.

Unser Verband besteht jetzt 25 Jahre, während dieser Zeit sind viele Erfahrungen gesammelt worden, die uns zur Lehre dienen müssen. In der Verbandspresse, im Zeitfaden, in den Verbandsprotokollen wie in den Versammlungen wurden diese Erfahrungen verbreitet. Jedes Mitglied, sofern es wirklich bestraft ist, die Geschichte unseres Verbands und seiner bisherigen Kämpfe kennen zu lernen, findet dazu Unterlagen genug. Darf sich jedes Mitglied damit vertraut gemacht, dann erst ist es in der Lage, fruchtbar für die Gesamtinteressen seiner Berufsorganisation tätig zu sein. Alle törichten und unbesonnenen Handlungen werden dann unterbleiben, vielmehr wird alles, was getan wird, vorher auf seine mutmaßliche Wirkung geprüft werden, und die Folge wird sein, daß wir weit größere Erfolge erringen. Schlägt man aber alle Erfahrungen in den Wind und läßt sich bestimmen von impulsiven Wünschen, mögen sie an sich noch so berechtigt sein, so wird das Gegenteil erreicht.

Wir wissen, daß unsere Ziele nicht mit einem einzigen kühnen Schlag erreicht werden können, sondern daß es einer beharrlichen, zähen Arbeit, Schritt für Schritt bedarf, um vorwärts zu dringen. Die Hauptsache ist dabei, daß wir imstande sind, das einmal eroberte Terrain für alle Zeiten zu behaupten, das ist die Vorbedingung zur nächsten Etappe.

Nach dem bereits Gesagten ist es wohl jedem klar, auf was es ankommt. Jedes Verbandsmitglied soll möglichst mit der gewerkschaftlichen Erfahrung so vertraut gemacht werden, daß es ein richtiges Verständnis für das Gesamtinteresse seiner Klassenossen erlangt.

Das einzige nachhaltige Agitationsmittel wird immer die persönliche Einwirkung bleiben. Dazu gehört vor allem, daß die Mitglieder, die den Freund, den Arbeitskollegen aufklären und für den Verband, wie für die politische Organisation gewinnen wollen, selbst genau über Zweck und Ziel der Organisation unterrichtet sind.

Trotz der verteuerten Lebenshaltung sollen sich unsere Kollegen Tarifkürzungen gefallen lassen. Was von den Unternehmern im Vorjahr unterschrieben wurde, das geniert sie nicht weiter, die Hauptsache ist, wenn nur ihr Geldbeutel größere Dimensionen annimmt. Im Meißner Granitgebiet sind Tarifbrüche auf der Tagesordnung, in den Harzer Pflastersteinbrüchen sucht man gleich Lohnkürzungen von 10 bis 20 Prozent durchdrücken zu können. Die Herren denken, sie sind jetzt beim schlechten Geschäftsgang und bei der ungünstigen Witterung völlig obenauf. Sie dürfen aber nicht vergessen, daß auch die Sonne wieder höher steigt.

Selten war eine Zeit so günstig für eine fruchtbringende Agitation wie die gegenwärtige, wenn wir von der immer noch großen Menge der Arbeitslosen absehen. Die großartigen Erfolge der Arbeiterpartei bei den verschiedenen Wahlen der letzten Wochen zum Reichstage, den Landtagen wie zu den Gemeindeparlamenten beweisen zur Genüge, welcher Anwille das Volk beherrscht. Wie könnte das auch anders sein, die sogenannte Finanzreform, die nichts ist als ein riesiger Beutezug der herrschenden Klassen auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung, ist in ihrer Wirkung recht fühlbar zu spüren. Auch der Stumpfsinnige, auch der größte Egoist, der dümmste Eigenbrötler wird mit der Nase auf die Tatsache gestoßen, wie man uns auspreßt. Da dürfen wir nicht träge sein, wir müssen diese Situation ausnützen. Was uns in der nächsten Zeit alles widerfahren kann, das soll hier nicht erörtert werden. Es muß der Hinweis genügen, daß die beste Garantie für uns die festgefügte, harte Organisation ist, mag dann kommen, was da will, wir werden der Situation gewachsen sein.

Deshalb keine Zersplitterung der Kräfte, sondern Sammlung. Unsere Kraft wächst mit jedem neuen Mitglied, das gewonnen und zum treuen Genossen erzogen wird. Tue jeder seine Pflicht; fort mit der Gleichgültigkeit! Mit frischer Kraft und neuem Mut an die Arbeit!

Sturm im Reichstage.

Zum erstenmal wieder seit seinem Zusammentritt erlebte der Reichstag am Freitag, den 10. Dezember, stürmische Szenen erregter Leidenschaft. Doch handelte es sich nicht mehr um die Frage der Neuordnung der Reichsfinanzen, die in der letzten Session die Gemüter so lebhaft bewegt hatte. Genosse Scheidemann, dessen Rede im Mittelpunkt der Verhandlungen stand, hat den Wunsch des neuen Reichskanzlers, die Parteien möchten von der rückwärtsgerichteten Kritik ablassen, erfüllt. Er hat nicht rückwärtsgerichtet, sondern vorausschauende Kritik geübt und damit den Beweis geliefert, daß auch die Zukunft an günstigen Gelegenheiten für die Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Bewegung überreich ist. Zudem, sicher im Einverständnis mit der Fraktion und der ganzen Partei, den vergangenen Abwehrkampf gegen die Steuerreform in den gebührenden historischen Abstand rückte, desto kräftiger aber den Zukunftskampf gegen das preukische Dreiklassenwahlrecht in den Vordergrund schob, gab er wohl die entscheidende Richtung an, in der sich die politische Aktion der Arbeiterklasse so lange fortbewegen wird, bis der entscheidende Erfolg errungen ist.

Man kann wohl sagen, daß der ganze Reichstag die Bedeutung des Gegenstands erkannte, da er den Ausführungen des Fraktionsredners mit großer Aufmerksamkeit folgte. Hatte die Rede Scheidemanns auch schon zuvor lebhaftes Interesse gefunden und Scharen von Abgeordneten wieder in den Saal gelockt, die der unerträgliche Redestrom des Staatssekretärs des Auswärtigen, von Schoen, hinausgedriven hatte, so trat erst recht atemlose Stille ein, als der Redner die Bedeutung der Wahlrechtsfrage in Zusammenhang mit der gegenwärtigen Regierung und der preukischen Monarchie zu erörtern begann. Die Rede schäumte, als das Wort von der Schärfe der Rede, deren sie sich durch ihre Besuche, den König von Preußen zum Wortbruch zu verleiten, schuldig gemacht hatte. Starke Worte prallen ab, wenn ihre Schärfe dem Sachverhalt nicht entspricht — hier aber traf das starke Wort wie ein Keulenschlag, und alle, außer den Nächstbetroffenen, hatten das Gefühl, daß eine moralische Züchtigung vollzogen wurde, wie sie härter, aber auch gerechter, kaum gedacht werden kann.

Als dann der sozialdemokratische Redner auf die Frage der Bedeutung eines königlichen Wortes näher einging und die „erhabenen Ueberlieferungen“ historisch darzustellen begann, denen die preukische Dynastie in dieser Beziehung bisher folgte, begann die Rede zu heulen und zu toben, und der Vizepräsident Erbring zu Hohenlohe unterstrich die allgemeine These des Redners durch einen Ordnungsruf. Dieser Ordnungsruf und das Scheitern der Reden brachten aber der Sache des Throns keinen Vorteil, denn der Redner ging infolgedessen erst recht dazu über, durch den Vortrag einiger unanfechtbar richtigen historischen Tatsachen seine allgemein gehaltene Behauptung mit unwiderleglichen Beweisen zu belegen.

Man hatte erwartet, daß der Reichskanzler nach dem Sozialdemokraten das Wort nehmen würde. Er tat es auch, aber wie er es tat, darüber zu sprechen ist peinlich. Es ist wirklich schwer, über die Befähigung des Herrn von Bethmann-Hollweg zu seinem neuen Amt, soweit sie sich in diesen ersten Tagen gezeigt hat, ein Wort zu sagen, ohne äußerst unhöflich zu werden. Ach, es war nicht einmal ein leiser Versuch, die schweren Angriffe des sozialdemokratischen Redners abzuwehren! Es war nichts, nichts — als ein kümmerliches Sprüchlein zum Schutz des allerhöchsten Herrscherhauses. Gelächter links, Rechts starke Beklemmung und das Gefühl einer Niederlage. Dem Herrn Reichskanzler scheinen die Blumen des Erfolgs nicht allzu reichlich am Wegstrand zu blühen. Allgemeine Lebensschwäche! Das ist noch nicht der Mann, den Teufel festzuhalten.

Die Sozialpolitik des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Goller.

Im Fichtelgebirge betreibt Herr Dr. Goller einige Granitbrüche. Der Stammsitz der Firma befindet sich in Mühlberg. Herr Dr. Goller ist nicht nur ein Industrieller, er ist auch politisch tätig und übt im Reichstage das Mandat für den Wahlkreis Hof aus. Als Volksvertreter rechnet sich der Herr zur „Freiständigen Volkspartei“. Die Freiständigen treten nun selbstredend für das Koalitionsrecht der Arbeiter, laut ihres Programms, ein. Aber Herr Dr. Goller kann sich anscheinend mit den Arbeiterorganisationen nicht gut abfinden. Nun versucht er es mit einer eigenartigen Sozialpolitik, um die Arbeiter seines Betriebs in Reinersreuth in zwei Lager spalten zu können.

Der „Bote vom Waldstein“ schreibt nämlich:
Bei dem Betrieb der Fichtelgebirgsgranitwerke in Reinersreuth, wo ca. 90 Steinbauer beschäftigt sind, sind 52 davon der Organisation der deutschen Steinarbeiter beigetreten. Am 1. Januar werden es 20 Jahre, daß die Firma Künzel, Sched-

ter u. Co. die Granitbrüche am Waldstein erworben und ihren Betrieb in Mühlberg, später in Reinersreuth eröffnet haben. Aus diesem Anlaß hat Herr Dr. Goller seiner Arbeiterchaft folgende Zuwendung gemacht: Ein Drittel des jährlichen Reingewinns soll den Arbeitern in der Weise zugute kommen, daß von der Hälfte dieses Drittels den Steinarbeitern der vierte Teil ihrer Schmelzlofen bezahlt (die meisten Unternehmer zahlen die Schmelzlofen ganz. Die Red. des „Steinarbeiter“), und was davon übrig bleibt, dem schon länger bestehenden Pensionsfonds der Arbeiter zugewiesen werden, während die zweite Hälfte obigen Drittels vom jährlichen Reingewinn, von Herrn Dr. Goller an die Arbeiterchaft nach freiem Ermessen verteilt wird, indem die verfügbare Summe in gleiche Teile geteilt und wie folgt gutgeschrieben wird: Der bis zu 5 Jahren im Betriebe beschäftigte ist, erhält je einen Teil, bei 5—10 Jahren zwei Teile, 10—15 Jahre drei Teile und über 15 Jahre je vier Teile. Die Beträge werden jedoch nicht, wie es der Wunsch der Arbeiter wäre, an dieselben ausbezahlt, sondern für den beitr. Arbeiter dem Pensionsfonds überwiesen, so daß eine Auszahlung nur dann stattfindet, wenn der beitr. Arbeiter in die Lage käme, den Pensionsfonds in Anspruch nehmen zu müssen, was nicht allzu häufig vorkommen soll. Diejenigen Arbeiter, die der Organisation angehören, sind von dieser Zuwendung überhaupt ausgeschlossen. Daraus erhellt man, daß Herr Dr. Goller Herr im eigenen Hause bleiben und sich nichts abzwängen lassen will.

Herr Dr. Goller kommt jetzt in dem Augenblicke mit seinen Vorschlägen, nachdem sich seine Arbeiter zum größtem Teile unserm Verbandsangehörigen haben. Warum ist denn der Herr Reichstagsabgeordnete mit seinem sozial tiefenden Herz nicht eher an die Öffentlichkeit getreten? Es ist ein Hohn auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, wenn die Kollegen, die dem Deutschen Steinarbeiterverband angegeschlossen sind, von der sozialen Nutznießung ausgeschlossen werden. Unsere Verbandsmitglieder müssen ebenfalls zu den Gesamtlasten für die geschaffene Unterstützungskasse indirekt beitragen. Der Abg. Dr. Goller will damit doch nichts anderes bezwecken, als den größten Teil seiner Arbeiter unserm Verbands abspenstig zu machen. Das wird ihm sicherlich nicht gelingen. Als organisierte Arbeiter verzichten wir überhaupt auf eine solche private Fürsorge durch die Unternehmer. In einigen andern Granitgebieten haben wir uns diese Art der väterlichen Fürsorge vom Halse geschafft, und sogar die „Arbeitszeitung“ (siehe Nr. 50) meint zu der Gollerschen Neuerung: „Der Erfolg bleibt abzuwarten.“

Nun nimmt der Herr Abgeordnete selbst das Wort. Er schreibt im „Münchberger Tageblatt“:

Die Veröffentlichungen sind selbstredend ohne mein Zutun geschehen. Ich hätte am liebsten gesehen, wenn solche Interna nicht vor der Öffentlichkeit behandelt werden, weiß aber keinen Weg, das zu verhindern. Wichtig ist, daß ich für Angestellte und Arbeiter eine jährliche Gewinnbeteiligung eingeführt habe. Ein Teil — und zwar „vermutlich“ (!) der größere Teil der Zuwendungen, soll allen Arbeitern ohne Unterschied zukommen. Ein weiterer Teil wird den Arbeitern progressiv nach der Dauer ihrer Tätigkeit im Betriebe (je 5 Jahre berechtigen zu einem Teil) als eine kleine Altersversicherung gutgeschrieben und wird nach 25jähriger Tätigkeit, spätestens aber mit dem 60. Lebensjahr ausbezahlt. Diese letztere Zuwendung bleibt denjenigen Arbeitern vorbehalten, welche der freien Gewerkschaft nicht angehören. Es steht nach wie vor jedermann frei, sich zu organisieren wo und wann er will, das habe ich ganz ausdrücklich betont. Wer sich aber auf den Boden des Klassenkampfes stellt und dem Arbeitgeber heute lieber als morgen an den Krügen will, der kann keine persönlichen Zuwendungen erwarten, welche über den Arbeitsvertrag hinausgehen.

Unsre Mitglieder sind mit dem Vorgehen des Herrn Dr. Goller nicht im geringsten einverstanden. Recht unverständlich ist es, wenn ein „liberaler“ Abgeordneter davon spricht, daß wir den Unternehmern den Krügen umdrehen wollen. Wir meinen umgekehrt, in Reinersreuth will man unserm Verband den Krügen umdrehen. Geradezu rührend ist es, wenn Herr Dr. Goller den vierten Teil der Schmelzlofen bezahlen will. Verschwiegen darf natürlich nicht werden, daß die Gelder, die von der Firma zu sozialpolitischen Zwecken Verwendung finden sollen, von den Arbeitern zuvor lauer genug verdient werden müssen. Unsre Kollegen verlangen eine anständige Entlohnung, sie verzichten aber auf solche sozialpolitische Extravaganzen. Dadurch, daß man den nichtorganisierten Arbeitern besondere Vorteile einräumt, will man die Gefinnungsschwäche großziehen. — Die von Herrn Dr. Goller bewiesene Arbeiterfreundlichkeit ist wert, daß sie gelegentlich im Reichstage zur Sprache gebracht wird.

Bericht des Internationalen Steinarbeitersekretariats.

pro 3. Quartal 1909.

(Der deutsche Bericht ist weggelassen.)

Belgien. Es sind in Belgien ungefähr 30 000 Arbeiter in der Stein-, Kalk- und Gipsindustrie beschäftigt. Genau 6048 Mitglieder haben in den Nationalverband ihren Betrag für das verlossene Quartal bezahlt.

Die Streiks der 45 Steinhauer von Naast und der 85 Marmeristen von Antrepe-Maisin, angefangen während dem letzten Quartal, haben nach einer Dauer von drei Monaten mit Niederlagen geendigt. Das Syndikat war mit 85 Mitgliedern daran beteiligt. Unsere Nationalwiderstandsklasse tritt erst am 1. Januar 1910 in Kraft; diese Bewegung wurde unternommen ohne genügende Ueberlegung.

Der während dem zweiten Quartal angefangene Streik der Steinbrecher in den Beden Journais ist nach einer Dauer von zwei Monaten siegreich beendet worden.

Der Kampf der Steinbrecher von Cauffines und Umgebung, wo 3000 Arbeiter beteiligt sind, wovon 2550 organisiert, angefangen den 21. Juni, ist noch nicht beendet. Diese Bewegung hat den Zweck zur Abwehr der Affordarbeit.

Die Pflastersteinindustrie von l'Ourthe leidet unter Mangel an Bestellungen. Es ist die Rede von einer 10prozentigen Lohnverminderung in den Gruben dieses Berufes, soweit dies nicht schon geschehen ist. Die Meister behaupten, sie seien gezwungen, den Verkaufspreis um 25 Proz. herabzusetzen, um den ausländischen Pflasterkonkurrenz machen zu können, besonders jenen von Schweden und Deutschland.

Was die Organisation der Meister anbelangt, sind sozusagen nur die Meister von den Beden Cauffines gut organisiert und zeigen sich ziemlich tätig. — Die regionalen Verbände sind noch im gleichen Zustande, wie im verlossenen Quartal.

Ein Gesetz auf die Festsetzung der Arbeitszeit in sämtlichen Industrien des Landes ist der Kammer übergeben worden. Die Arbeitervertreter dringen darauf, daß in der nächsten Session die Vorlage diskutiert wird.

Niederlande. Hier sind zirka 1100 Steinhauer beschäftigt, von denen 180 in unserem Verband sind. Wir müssen einen Rückgang konstatieren, indem hier große Arbeitslosigkeit herrscht. — Der Redakteur des Fachblattes ist zu gleicher Zeit Sekretär des Verbandes in Rotterdam. Er hat diese beiden Ämter angenommen, weil es sonst schwer ist, Leute dazu zu be-

kommen, da die Meister gerne ein Vorstandsmitglied auf die Straße stellen. — Die Auflage des Fachblattes beträgt 500 Exemplare. — Es sind in Niederland 95 Meister organisiert; der Sekretär ist A. Boer, Jontersstraat Nr. 111, Rotterdam. Die Meister haben auch ein Fachblatt, welches alle zwei Monate erscheint. Redakteur ist C. G. Simonis.

Am 16. September 1909 hat die Regierung versprochen, unsere Verhältnisse zu verbessern.

Italien. Im Februar kommenden Jahres findet in Italien der Bauarbeiterkongress statt, die Rüstungen hierzu werden schon seit längerer Zeit vorgenommen. Der Kongress wird für die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation von großer Wichtigkeit sein und auch das Ausland stark beeinflussen. Die Debatten hierüber haben schon im Monat August eingeleitet und ist es speziell der Antrag des Zentralvorstandes auf Einführung eines wöchentlichen Beitrages, welcher die Gemüter erregt. Wenn auch dieser Antrag noch starke Opposition hervorruft, so ist doch im allgemeinen zu konstatieren, daß der Antrag guten Anklang fand, speziell auf die internationalen Wirkungen, und jedenfalls seitens des Kongresses akzeptiert werden wird.

Für den kommenden Winter wird eine umfangreiche Agitation unter den Steinarbeitern geplant, die Vorbereitungen dazu haben bereits begonnen und hat sich dabei auch der Steinarbeiterverband der Schweiz beteiligt.

Aus dem Bulletin des Ministeriums der Landwirtschaft und Industrie Italiens über Streiks entnehmen wir folgende Angaben pro 1908:

Streiks in der Stein- und Tonindustrie waren in diesem Jahre total 170, Beteiligte 11 526, die Mehrzahl derselben, nämlich 50 in dem Distrikt Lombardia, je 23 in Venete und Emilia, 19 in Piemonte, 15 Toskana. Die größte Zahl der Streiks erstreckte sich auf die Monate April, und zwar 32, Mai waren es 29, März 27, Februar 17, Januar 12. In den Sommermonaten war die Zahl der Streiks gering. Forderungen waren folgende: Wegen Lohnhöhungen kämpften in 83 Streiks 14 417 Mann, Arbeitszeitverkürzung in 9 Streiks 1006 Mann, wegen Disziplin 60 Streiks 16 782 Mann. Das Resultat der Gesamtsstreiks ist folgendes: Mit vollständigem Siege zugunsten der Arbeiter endigten 32 Streiks mit 1759 Beteiligten, vorwiegend erfolgreich 33 Streiks mit 3723 Beteiligten, teilweisen Erfolg 6 Streiks mit 346 Beteiligten, Erfolge mit kleineren 17 Streiks mit 1894 Beteiligten, ganz erfolglos 58 Streiks mit 3332 Mann, weitere 24 Streiks mit 472 Mann sind in ihrem Resultat unbekannt.

Schweiz. Der Anschluß des tessinischen Verbandes ist mit 1. September perfekt geworden. Die gegenwärtige Tätigkeit des Baumeisterverbandes in diesem Kanton läßt aber auf scharfe Kämpfe für die Zukunft schließen, weshalb das denkbar möglichste unternommen wird, um die Steinarbeiter zur richtigen Zeit und am richtigen Ort über ihre Pflichten aufzuklären. Der Kampf der Unternehmer gestaltet sich ohnehin immer schwieriger, was wir im Kanton Uri am besten gesehen haben, wo 350 Mann gezwungen waren, die Arbeit niederzulegen und auch sofort das Gebiet zu verlassen, da auf Grund der Hartnäckigkeit der Meister keine Hoffnung bestand, die Bewegung in diesem Jahre noch schlichten zu können. Die Meister in Orten, welche gerne mit den Organisationen abmachen würden, können dies nicht, da sie an die Beschlüsse des Baumeisterverbandes gebunden sind.

Streiks waren fünf mit 421 Beteiligten, diese dauerten 101 Tage, es waren erfolglos zwei, teilweisen Erfolg zwei, einer, der von Uri, ist eben noch unerledigt. Bewegungen waren vier, Beteiligte 140, Dauer derselben 54 Tage, von Erfolg waren drei, erfolglos eine. Die Sandsteinindustrie ist wie in Deutschland im Niedergange begriffen, der Kunststein kommt immer mehr auf und verdrängt den Naturstein.

Die höchsten Weizenpreise seit zehn Jahren

brachte uns das 3. Quartal des laufenden Jahres. Wir entnehmen dem jetzt erschienenen Vierteljahrsbericht zur Statistik des Deutschen Reiches folgende Angaben über die Entwicklung der Getreidepreise an den Haupthandelsplätzen in den letzten beiden Jahren, denen wir aus früheren Veröffentlichungen diejenigen des Jahres 1900 zur Seite stellen. Es kosteten per 1000 Kilogramm im dritten Vierteljahr:

Städte	Weizen			Roggen		
	1909	1908	1900	1909	1908	1900
Berlin	238,7	210,6	156,0	182,2	179,9	143,5
Mannheim	253,0	236,2	179,9	180,6	193,0	156,1
Wien	268,3	215,4	143,7	174,9	172,0	125,8
Budapest	249,3	198,0	125,3	165,8	160,5	113,1
Odessa	169,2	176,0	115,4	125,1	143,0	93,8
Paris	199,7	184,7	164,1	136,6	139,9	117,3
Amsterdam	195,9	183,8	132,6	137,5	154,4	113,9
London (weiß, bester)	195,1	156,5	141,1	—	—	—
(Gazette average)	187,5	146,0	134,6	—	—	—
Chicago	162,8	144,9	116,7	—	—	—
Buenos Aires	—	157,8	108,4	—	—	—

Mit einem Preise von 338,7 (Berlin), resp. 253,0 (Mannheim) Mark für die Tonne Weizen hat also Deutschland nicht allein den höchsten Preis der letzten zehnjährigen Periode erklommen, sondern es steht auch mit Ausnahme von Oesterreich, dessen verkehrte Zollpolitik mit der Deutschlands weiteifert, mit diesen Preisen an der Spitze aller Länder. Interessant ist es auch, die Spannung zwischen den Jahren 1900 und 1909 zu vergleichen. Ueberall hat eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Preise stattgefunden. Während dieselbe aber in Chicago z. B. nur 46 Mark, in London 54 resp. 53 Mark, in Amsterdam 63,3 Mark, in Paris 35,6 Mark und in Odessa 54 Mark beträgt, stellt sie sich in Berlin auf 82,7 Mark und in Mannheim auf 73 Mark, in welcher Differenz deutlich die inzwischen eingetretene Zollsteigerung zum Ausdruck kommt.

In bezug auf die Roggenpreise macht überhaupt kein Land Deutschland den ersten Platz streitig. Auch hier hat gegenüber dem Jahre 1900 eine enorme Steigerung stattgefunden, doch wurden die diesjährigen hohen Preise bereits einmal, und zwar von denen des Jahres 1907, übertroffen.

5. schwedischer Gewerkschaftskongress.

Stockholm, 22.—30. November.

Infolge der großen Kämpfe auf dem schwedischen Arbeitsmarkte konnte der schon im Monat August fällig gewesene Kongress erst in der zweiten Novemberhälfte tagen. Da in der Woche vorher die letzte noch in Betracht kommende Aussperrung, die in der Eisenhüttenindustrie, aufgehoben wurde, hatte der Kongress nach dieser Richtung freie Bahn; es war seine Aufgabe, die Lehren aus dem soeben beendeten Kampfe zu ziehen und die Waffen für kommende Kämpfe zu schärfen.

Das große Interesse, das die schwedische Arbeiterschaft dem Kongress entgegenbrachte, bezeugte schon die Zahl der entsandten Vertreter. 27 Zentralverbände und 2 Lokalorganisationen mit zusammen 158 626 Mitgliedern waren durch 518 Delegierte vertreten. Ferner nahmen 37 Vertreter der Verbandsvorstände und der Landeszentrale und 24 Gäste an den Verhandlungen teil. Dänemark war durch 3, Finnland durch 1, Norwegen und Deutschland durch je 2 Delegierte vertreten.

Den Bericht für die dreijährige Geschäftsperiode gab der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Hermann Lindqvist. Die Mitgliederzahl wies von 86 635 im Jahre 1906 auf

156 226 am Jahreschluß 1907. Im Jahre 1908 trat infolge der Krise ein Rückgang ein; dieses Jahr schloß mit einem Bestande von 169 776 Mitgliedern. Ein wenig dürfte auch die Beitragshöhe auf die Mitgliederbewegung im Krisenjahr 1908 eingewirkt haben. Seit der Gründung der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften erhob sie folgende Beiträge:

Jahr	Ordentlicher Beitrag pro Mitglied	Extrabeiträge pro Mitglied für Kämpfe
1899	0.20 Kronen	— Kronen
1900	0.20 "	2. — "
1901	0.20 "	3.75 "
1902	0.20 "	3.85 "
1903	0.20 "	5.80 "
1904	0.80 "	7. — "
1905	0.80 "	24.50 "
1906	0.80 "	— "
1907	1.20 "	3. — "
1908	1.20 "	11.50 "

Sa. pro Mitgl. 5.80 Kronen 61.40 Kronen

Die für die Landesorganisation erhobenen Beiträge haben also eine beträchtliche Höhe erreicht. In der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1909 zahlten die angeschlossenen Gewerkschaften an die Landeszentrale nach dem Klassenbericht des Genossen Söderberg an ordentlichen Beiträgen insgesamt 471 253.80 Kronen und an Extrabeiträgen für Kämpfe 1 022 904.24 Kronen. Aber auch die Leistungen waren außerordentliche; an Unterstützung der ihr angeschlossenen Organisationen zahlte die Landeszentrale während des gleichen Zeitraumes 1 055 482.25 Kronen. Für Agitation wurden während der Geschäftsperiode seitens der Landeszentrale 20 655 Kronen verausgabt. Für Kämpfe im Auslande zahlte die Landeszentrale 52 400.25 Kronen, davon 40 000 Kronen an die norwegische Landesorganisation.

Ein Beschluß des letzten Kongresses auf Errichtung eines Darlehnsfonds für Volkshausunternehmungen ist inzwischen zur Ausführung gelangt. Aus dem Fonds sind bisher an 53 Volkshausunternehmungen 140 620 Kronen als Darlehen gewährt worden. Darlehen wird auf höchstens 10 Jahre in der Höhe von nicht mehr als 5000 Kronen gegen 5 Prozent Zinsen gegeben. Außerdem hat die Landeszentrale in Stockholm ein neben dem Stockholmer Volkshause belegen Haus für eigne Rechnung zum Preise von 750 000 Kronen sehr günstig gekauft.

Die erste wichtige Organisationsfrage, die zur Verhandlung stand, war die Zusammenlegung und die Aufgaben der Verbände und der Landesorganisation. Zu diesem Punkte lagen zahlreiche Anträge vor, die sich zwischen zentralistischer Agitation und größter Dezentralisation bewegten. Syndikalistische Färbung hatten Anträge, die die Befestigung der Verbände und direkten Anschluß der lokalen Fachvereine an die Landesorganisation wünschten. Diese Vorschläge fanden keine Zustimmung beim Kongress. Dagegen wurde ein Antrag des Verbandssekretärs der Holzarbeiter, des Genossen Gottfried Björklund, von verschiedenen Seiten, besonders der Metallarbeiter, unterstützt. Dieser Antrag wollte der Landesorganisation die jetzige Aufgabe als Kampfsorganisation nehmen und die Landeszentrale nach deutschem Muster, aber nur mit einem Teile der Aufgaben der deutschen Generalkommission, eingerichtet wissen. Der Antragsteller, wie auch die ihn unterstützenden Diskussionsredner glaubten, durch einen weiteren Ausbau der internationalen Berufsverbindungen einen Ersatz für die Landesorganisation auf dem Gebiete der Kampfsführung zu finden. Demgegenüber stand eine Vorlage des Landessekretariats, die auf eine weitere Zentralisation hinauslief. Demnach sollten gleiche und gemeinsame Statuten für alle Gewerkschaften während der kommenden Geschäftsperiode ausgearbeitet werden. Die Grundlage für diese Statuten sollte eine Reorganisation der Landesorganisation bilden; diese sollte zu einer Angriffsorganisation (heute Abwehrorganisation) ausgebaut werden, die für alle Lohnkämpfe aufzukommen habe. Der Beitrag sollte zu diesem Zwecke auf 20 Ders pro Woche erhöht werden, wovon 16 Ders an die Streikasse, deren Meldefonds auf 5 Millionen Kronen gebracht werden sollte, 3 an die Administrationskasse und 1 Ders an den Volkshausfonds abgeführt werden sollte. Alle Streitunterstützungen wären auf Grund der Statuten aus der Kasse der Landesorganisation zu zahlen, ohne deren Genehmigung kein Tarifvertrag gekündigt, kein Streik begonnen oder beendet werden dürfte. In die Landesorganisation angeschlossene sollten sowohl Berufs- als Industrieverbände werden können, wohl aber sollte auf den Ausbau der Industrieverbände besonders hingearbeitet werden.

Der Statutenentwurf sollte sodann den Verbandsvorständen zugestellt und auf den kommenden Verbandskongress beraten werden, so daß der nächste Gewerkschaftskongress endgültigen Beschluß zu fassen haben würde.

Ein dritter Hauptvorschlag wurde von dem Vorsitzenden des Maurerverbandes, Nils Persson, gemacht, der es beim gegenwärtigen Zustand belassen, dafür aber eine Untersuchung über die Möglichkeiten einer Reorganisation der Landesorganisation einleiten wollte.

Der Kongress beschloß nach langen und eingehenden Debatten, die sehr sachlich geführt wurden, den Antrag auf status quo anzunehmen und eine Kommission einzusetzen, die mit dem Landessekretariat gemeinsam bis zum nächsten Kongress die Frage untersuchen und eventuelle Vorschläge ausarbeiten soll. Als Richtlinie für die Arbeiten der Kommission wurde prinzipiell der sukzessive Uebergang von Berufsorganisation zum Industrieverband festgelegt, ferner, daß die Landesorganisation sowohl Abwehr- als Angriffsorganisation werden soll. Die endgültige Entscheidung wird sodann der nächste Kongress zu treffen haben.

Der Vorschlag, den Streikfonds auf 5 Millionen Kronen zu bringen, wurde abgelehnt und ein abgeänderter Antrag der Landeszentrale auf eine Erhöhung des Streikfonds von 150 000 auf 1 Million Kronen mit 378 Stimmen gegen 64 angenommen. Die Minorität stimmte für 5 Millionen. Darüber, wie diese Mittel aufgebracht werden sollen, haben Landessekretariat und Vorstandskonferenz zu bestimmen.

Ein Antrag des Landessekretariats auf eventuelle Herausgabe eines eignen Wochenblatts wurde angenommen. Das Sekretariat hat damit das Recht erhalten, ein eignes Organ herauszugeben, das durch ein niedriges Postabonnement von den Mitgliedern der Gewerkschaften bezogen werden kann. Darüber, ob und wann das Blatt geschaffen werden soll, entscheidet indes das Sekretariat.

Der § 23 des schwedischen Arbeitgebervereins führte zu eingehenden Debatten. Es handelt sich hier um die prinzipielle Zustimmung, daß dem Unternehmer das Recht auf „Leitung und Verteilung der Arbeit, auf Einstellung und Entlassung der Arbeiter“ zusteht, daß aber das Koalitionsrecht von beiden Seiten respektiert werden muß. Der Sinn des ersten Teiles dieses Paragraphen ist dunkel. An sich kann man vom gewerkschaftlichen Standpunkt nichts gegen die Betriebsleitung durch den Unternehmer einwenden. Aber die schwedischen Unternehmer geben der Bestimmung die weitgehendste Auslegung, so daß sie zur größten Schikamierung der Arbeiter dient. Die Koalitionsrechtsbestimmung wird vielfach so ausgelegt, daß die Arbeiter unter sich auch keinerlei Einfluß auf die Frage ausüben dürfen, ob jemand organisiert ist oder nicht. Für die Bäcker und Transportarbeiter usw. bringt der § 23 faktische Verschlechterungen ihrer bisherigen Positionen, die zum Teil dem amerikanischen Begriff der Union-Chops ähneln.

Es ist daher durchaus verständlich, daß die Opposition der Arbeiter sich gegen diese Bestimmung in ihrer bisherigen Fassung richtet. Ein Redner erklärte sogar, lieber keine, als Verträge mit dem § 23. Der Kongress beschloß, die Bestimmung prinzipiell zu akzeptieren, gegen ihre Auslegung durch die Unternehmer aber zu protestieren und bei künftigen Tarifverhand-

lungen eine genaue Definition der Bestimmung zu fordern. Jeder verdeckte Angriff auf das Koalitionsrecht soll den tariflichen Bestimmungen entsprechend zur Anzeige gebracht werden.

Abgelehnt wurden Anträge auf vorherige Prüfung abzuschießender Tarifverträge durch das Landessekretariat, die Abführung des seinerzeit von Partei und Gewerkschaften gemeldeten Großvertragsfonds an die Landesorganisation usw. Die Forderung auf gleiche Bezahlung der Männer- und Frauenarbeit wurde als prinzipiell richtig anerkannt, aber als zurzeit undurchführbar bezeichnet.

Bezüglich der internationalen Verbindungen beschloß der Kongreß, das Landessekretariat zu beauftragen, in erster Linie mit den Landesorganisationen der skandinavischen Länder feste Vereinbarungen betreffend Unterstützung in größeren Konflikten anzubahnen. Der freie Uebertritt reisender Mitglieder soll zwischen Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland statutarisch festgelegt werden.

Einem Antrag des Landessekretariats, die Forderung auf Freigabe des ganzen Tages am 1. Mai bei den Arbeitgebern zu erheben, wurde einstimmig zugestimmt. In einer Resolution wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert und bestimmt, daß auf die Erhebung der zweimal zwölfstündigen durch die dreimal achtstündigen hingewirkt werden soll. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird aufgefordert, für die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages einzutreten.

Wie wenig der Syndikalismus Sympathien auf dem Kongreß fand, zeigt die Ablehnung eines auch vom Landessekretariat unterstützten Antrages, eine Erhebung über den Syndikalismus zu veranstalten und das Resultat in einer Schrift den Mitgliedern gratis zugänglich zu machen. Dagegen beschloß der Kongreß, durch das Landessekretariat die Gewerkschaftsmitglieder auffordern zu lassen, die sozialdemokratische Arbeiterpresse mehr als bisher zu unterstützen.

Der nächste Gewerkschaftskongreß findet 1912 statt. Die Bestimmungen über die Vertretung auf dem Kongreß wurden dahin abgeändert, daß auf je 500 Mitglieder ein Vertreter entsenden soll, anstatt wie bisher auf je 300. Die neuen Statuten treten am 1. April 1910 in Kraft. Zum Vorsitzenden wurde Lindqvist, zum Kassierer Söderberg und zum Sekretär Thorberg einstimmig wiedergewählt. Das Gehalt der ersteren wurde auf 2700 Kronen und 300 Kronen Repräsentationsgelder resp. 300 Kronen Monatsgehalt des Sekretärs auf 2500 Kronen festgesetzt. Als unbefohlene Mitglieder der Landeszentrale wurden Blomberg (Metallarbeiter), Lindley (Transportarbeiter), Jönsson (Fabrikarbeiter) und Sjöstedt (Bäder) gewählt.

Soweit die Verhandlungen des Kongresses, die von einer durchaus zuverlässigen Stimmung getragen waren. Keine Spur einer Mißstimmung über die große Aktion, die soeben durchgeführt war, kein Zweifel an der Möglichkeit, mit der gewerkschaftlichen Organisation weitere und größere Erfolge als bisher zu erringen, trat auf dem Kongreß zutage. Trotz der schon jetzt weitgehenden Zentralisation der schwedischen Gewerkschaften war der Kongreß sich vielmehr darüber klar, daß durch eine weitere Festigung der Organisation noch größere Machtmittel gegen das Unternehmertum ins Feld geführt werden können.

Zwei Fälle aus der Rechtsprechung in der Unfallversicherung.

Wie notwendig es ist, jeden, auch den kleinsten Unfall anzumelden, resp. seinen Mitarbeitern oder andern Personen davon Mitteilung zu machen, zeigt folgender Fall:

Ein Zimmermann arbeitete als Fußbodenleger ganz allein auf einem Neubau. Kurz vor Feierabend kippete er mit dem Fuße auf einem Holzabschnitt um. Er verspürte einen Schmerz und konnte nur noch humpelnd seine Wohnung erreichen. Vorher legte er kein besonderes Gewicht auf die Schmerzen. Als diese aber immer stärker wurden, ließ er sich untersuchen. Dem Entschlossenen, der ihn zufällig bemerkt, erzählte er, daß er mit dem Fuße umgekippt sei. Einem Nachbarn, den man zu Rate zog, erzählte er dasselbe. Die Schmerzen wurden so stark, daß er nicht schlafen konnte. Ein hinzugezogener Arzt konnte an dem Fuße nichts feststellen. Am Tage darauf konnte der Arzt wieder nichts finden. Nach zwei Tagen war der Fuß stark angeschwollen und es zog sich ein roter Streifen vom Fuß bis zum Knie hinauf. Jetzt ordnete der Arzt die Ueberführung des Kranken in das Krankenhaus an. Dort wurde Blutvergiftung festgestellt. Nach 8 Tagen war der Mann tot.

Die Witwe beantragte für sich und ihre Kinder bei der Berufsgenossenschaft die Hinterbliebenenrente, wie auch ein Sterbegeld, weil der Tod infolge des Unfalls eingetreten sei. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Antrag ab.

Nun ließ die Witwe durch ihren Vertreter bei dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Berufung einlegen. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß nicht erwiesen ist, daß sich der Verstorbene die Verletzung wo anders zugezogen hat. Durch das Stauchen des Fußes hat sich eine Eiterung gebildet, ein Partikelchen ist in das Blut eingedrungen, und es trat daher Blutvergiftung ein.

Die ärztlichen Gutachten besagten, daß, wenn erwiesen wird, daß der Verstorbene mit dem Fuße umgekippt sei, sich der Vorgang wie oben geschildert, abgespielt hat. Die Berufsgenossenschaft bestritt, daß ein Betriebsunfall vorliege, die Verletzung könne sich der Verstorbene wo anders zugezogen haben. Auf Antrag des Vertreters der Klägerin wurden der Stiefsohn des Verstorbenen, wie auch der Nachbar eidlich vernommen. Beide bekundeten, daß der Verstorbene ihnen sofort von dem Unfall Kenntnis gegeben habe.

Das Schiedsgericht sah durch diese Aussagen als erwiesen an, daß ein Betriebsunfall vorliege und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer jährlichen Rente von 765,63 Mark an die Hinterbliebenen, sowie ein Sterbegeld von 85,00 Mark.

Ein anderer Fall.
Der Steinmetz M. erlitt im Jahre 1907 einen Unfall, indem ihm das rechte Auge verletzt wurde. Die Berufsgenossenschaft lehnte nach Ablauf der dreizehnten Woche eine Heilbehandlung ab. Auch die Krankenkasse sorgte nicht für eine sachgemäße Heilbehandlung. Das Auge wurde dadurch vernachlässigt und in der Sehkraft herabgesetzt. Die Berufsgenossenschaft setzte eine Rente von 15 Prozent fest. Auf eingelegte Berufung verurteilte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente von 33 1/2 Prozent, weil die Sehkraft des Auges inzwischen verloren gegangen war.

Im Juli 1909 nahm die Berufsgenossenschaft eine Kürzung der Rente auf 20 Prozent vor, weil durch Gewöhnung eine wesentliche Besserung eingetreten sei. Gegen die Rentenherabsetzung wurde Berufung eingelegt und die Weitergewährung der 33 1/2 Prozent Rente beantragt. Das Schiedsgericht holte eine Auskunft des Arbeitgebers ein. Dieser bekundete, daß M. wohl denselben Lohn — 60 Pfg. pro Stunde — erhalte wie die anderen Steinmetzen auch. Er sei aber nicht imstande, ein sauberes Werkstück zu arbeiten, obwohl er früher einer der saubersten und tüchtigsten Steinmetzen war. M. wurde jetzt nur noch mit Steinverladen und Verlegen beschäftigt.

Der Vertreter des M., ein ehemaliger Steinmetz, konnte dem Schiedsgericht nachweisen, daß es unmöglich ist, mit einem Auge ein sauberes oder besseres Werkstück fertigzustellen. Er demonstrierte dem Schiedsgericht die Arbeitsweise des Steinmetzen vor.

Das Schiedsgericht gab der Berufung statt und verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Weiterzahlung der 33 1/2 Prozent Rente.

Anschließend an die beiden Fälle möchten wir die Kollegen aufmerksam machen, daß jeder Unfall sofort anzumelden ist, wenn sich auch nicht sofort erwerbsbeschränkende Folgen zeigen.

Diese treten in vielen Fällen erst später auf und es ist dann schwer, das Verden mit dem Unfall in Verbindung zu bringen. Kommen die Kollegen mit der Berufsgenossenschaft in Streitigkeiten, so ist es am besten, wenn sie sich direkt an das nächstgelegene Arbeiterssekretariat wenden. Dort wird ihnen Rat und Hilfe kostenlos zuteil.

Zwanzigtausend Flaschen pro Tag.

Es soll Menschen geben, die eine große Flasche Rum oder ein Glas reinen Spiritus vertragen können. Diese scheinen bewundernswerte Seltenheiten. Kaum weniger aber wird man eine Maschine anstaunen müssen, die es fertig bekommt, flüssiges Glas zu trinken. In einem Glasofen pflegt eine Temperatur von mehr als 1500 Grad zu herrschen, und es ist gewiß keine Kleinigkeit, sich bei einem Trunk aus solch einem Gefäß nicht den Mund zu verbrennen. Der großen neuen Maschine aber, die seit einiger Zeit in der Stralauer Glashütte aufgestellt ist, scheint diese glühendflüssige Nahrung gut zu bekommen, denn seit ein paar Wochen schlürft sie hiervon täglich 20 000mal.

Dieser Riesenapparat bekommt es fertig, bei einer Bedienung durch zwei Arbeiter und drei Burthen die Leistung von achtzig Glasmachern zu ersetzen. Die Maschine ist ein bewundernswürdiges Erzeugnis der modernsten Technik, und nur auf dem wagemutigen Boden Amerikas konnte diese Erfindung praktisch vollendet werden. Der Gehäule zwar hätte überall, wo Glas gemacht wird, in dem Kopf eines tüchtigen Ingenieurs entstehen können, aber hierbei ist die Idee so gut wie nichts, der praktische Versuch alles. Wo anders als in Amerika hätte ein reicher Mann dem Erfinder zwei Millionen für bloße Versuche zur Verfügung gestellt, deren Resultat nicht abzusehen war. Denn von manchen Reuten sind schon Maschinen zur automatischen Erzeugung von Flaschen „erfunden“ worden, ohne daß sie in der gerade bei der Glasfabrikation sehr schwierigen Praxis verwirklicht worden wären. Jahrelang hat Herr Owen experimentieren müssen, bis ihm der heutige Apparat gelang, der ein wahres Wunder von Präzision und Leistungsfähigkeit ist. Freilich hat er denn auch für die Erlaubnis zur Benutzung seines Patents für das Festland von Europa die schöne Summe von fünfzehn Millionen erhalten.

An dieser Maschine, die vorzüglich arbeitet, ist jeder Teil ein technischer Salto mortale, ein Wagemut, von dem es beinahe unmöglich scheint, daß es gelingen kann. Welch ein Mut gehört allein schon dazu, einen Glasofen zu bauen, der mit der 1500 Grad heißen flüssigen Glasmasse sich ständig dreht. Diese Rotation ist notwendig, damit immer wieder kräftig gewärmtes Glas an die dem Feuer nicht erreichbare Schöpfstelle der Maschine kommt. An diesem Punkt taucht in das flüssige Glas das Mundstück einer Form mit einem stabförmigen Hohlraum. Dieser Hohlraum ist genau so groß, wie die Glasmasse, die für eine Flasche notwendig ist. In dem Moment, da das Mundstück eintritt, wird in dem Hohlraum ein luftverdrängter Raum erzeugt, dadurch füllt er sich mit dem zähflüssigen Glas. Schon verläßt die gefüllte Form den Ofen, und nach wenigen Sekunden öffnet sie sich. Ihre beiden Hälften gehen weit auseinander, und nun sieht man einen rotglühenden, zwar noch sehr weichen, aber nicht mehr flüssigen Glasstab frei an dem Maschinenarm hängen. Von oben kommt ein kurzer Stößel und brückt ein zwei Zentimeter tiefes Loch in die obere kleine Fläche des senkrecht hängenden Stabes. Dann erscheint plötzlich, jetzt noch in zwei Hälften geteilt, eine zweite Form, deren innerer Hohlraum genau die Fassung der fertigen Flasche hat. Diese Form legt sich in luftdichtem Verschluss der beiden Hälften um den Glasstab. Und nun wird in das kleine von dem Stößel von oben hineingestoßene Loch Preßluft eingeblasen. Die Folge ist, daß der schlanke massive Stab auseinandergepreßt wird, daß er außen die Fassung der neuen Form, also einer Flasche, erhält und innen hohl wird. Darauf öffnet sich nun auch die zweite Form und die rotglühende Flasche fällt durch einen Trichter in ein kleines Maschinengefäß, wo ihr noch rasch der Boden und das Mundstück verarbeitend zugeführt werden. Von dort kommt sie als fertige Flasche in den Abfluß.

Die hier geschilderten Vorgänge vollziehen sich an der Maschine genau so rasch, wie man sie liest. Vom Ausschütren des flüssigen Glases bis zum Marsch der fertigen Flasche zum Abfluß vergehen noch nicht zwei Minuten. Dabei arbeitet die Maschine zu gleicher Zeit immer an sechs Flaschen. Alle Bewegungen an ihr vollziehen sich automatisch. Wenn sie einmal in Betrieb gesetzt ist, braucht niemand mehr sie zu berühren. Das wäre auch wegen der starken Erwärmung aller Teile wenig ratsam. Wunderbar ist, mit welcher Präzision sich die außerordentlich mannigfaltigen und komplizierten Bewegungen vollziehen. Allein die automatische Umwechslung der Zuluftleistung gegen die Druckluftleitung über dem Glasstab ist ein technisches Meisterstück. Das gleiche gilt von der Kühlung der eisernen Formen, die durch die Berührung mit dem glühenden Glas gefährlich erhitzt werden. Immer, wenn sie nicht arbeiten, werden die Formhälften wieder ganz automatisch von einem kalten Luftstrom kräftig angeblasen, der ihre Temperatur heruntersetzt.

Es ist gar nicht möglich, in kurzem alle die Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, die der Erfinder Owen hat überwinden müssen, bis seine Maschine so arbeitete, wie sie es heute tut. Schon die Temperierung des Glases, das gerade so warm gehalten werden muß, daß es noch eben plastisch ist ohne doch zu tropfen, hat unendliche Mühe gekostet. Dafür ist aber auch mit der automatischen Fertigstellung von 20 000 Flaschen pro Tag ein feltener technischer Rekord erreicht. Und die Mehrzahl: Tausende Arbeiter werden wieder entbehrlich!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wegen Vergehens gegen die Verbandsinteressen (§ 5, Absatz B des Statuts) sind aus dem Verband geschieden die Steinmetzen: Georg Hellen Schmidt aus Rothenburg o. T., Buch-Nr. 11 851, zurzeit Langenlaza; Bruno Gauditz aus Langendorf, Buch-Nr. 6720; Franz Joller aus Dorfprozelten, Buch-Nr. 6728; Jakob Solari aus Brato in Italien, Buch-Nr. 6710 alle drei zurzeit im Postler Sandsteingebiet.

Dem Steinmetzen Emil Zimmer ist in Steinen sein Verbandbuch abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Das Buch trägt die Nummer 20 607.

Korrespondenzen.

Kunfröhen. Mittwoch, den 8. Dezember, tagte in Kunfröhen eine große Steinmetzerversammlung. Trotz der ungünstigen Bitterung waren die meisten Kollegen mit ihren Frauen erschienen. Gauleiter Rittenmeier war durch Krankheit verhindert, zu erscheinen. Kollege Kuffner aus Regensburg war mit der Vertretung Rittenmeiers betraut. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Die Tarifbewegung, sprach nun Kollege Kuffner. Obwohl derselbe nicht genau über unsere Verhältnisse informiert war, müssen seine Ausführungen doch vortrefflich genannt werden. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Reuzinger Bericht von der Bezirkskonferenz in Plattling. Reuzinger gab in seinem Bericht ein klares Bild über die Organisationsverhältnisse. Es wurde ihm großer Beifall zuteil. Beim Punkt Verhältnisse wurden die Bruchverhältnisse in Tafel besprochen. Kollege Schlagbauer wies die Kollegen darauf hin, daß sie selbst viel Schuld tragen, weil die Organisation noch auf so schwachen Füßen steht. Es sind zwar vor kurzer Zeit wieder mehrere Kollegen dem Verbands begetreten, aber immer tanzen noch einige aus der Reihe, die Lieb Kind sein wollen. Es konnte aber dennoch am andern Tage im Bruch Tafeln Ordnung hergestellt werden.

und zwar durch den Arbeiterausschuß. In bester Stimmung wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. Im Interesse der Unterbringung arbeitsloser Verbandsmitglieder unternahmen die Kollegen der Firma E. Jaché den Versuch, die bis dahin geleisteten Ueberstunden einzufrieren, bezw. zu vermeiden, ein Beginnen, welches sicherlich die Anerkennung aller einsichtigen Menschen finden wird, noch dazu in der Weihnachtszeit, in welcher selbst die „Hartgezeiten“ in Wohlthätigkeit machen. Anders Herr Gottschall, der Geschäftsführer. Was kümmert ihn die Unterbringung unserer Arbeitslosen. Er kennt nur eine Rücksicht — die Rücksichtnahme aller auf seinen Betrieb und die Befolgung seiner Anordnungen. Der Versuch unserer Kollegen scheiterte nun. Statt dessen verfügte Herr Gottschall die Entlassung eines Verbandsmitglieds, er vermehrte also noch das Heer der Arbeitslosen, während er für einen Teil der Kollegen die Arbeitszeit bis 4 Uhr nachmittags beschränkte, vermühtlich um die Betroffenen einzuschüchtern, ihnen ein für allemal abzugewöhnen, bei der Bemessung ihrer Arbeitszeit ein Wortchen mitzureden. Es geht also auch ohne Ueberstunden, wenn es nur dem „freundlichen Herrn“ beliebt. Wie lange werden sich unsere Kollegen noch ein derartiges Regiment gefallen lassen? Werden sie die künstlich herbeigeführte Stodung durch erneute Ueberstunden wieder nachholen?

Bunzlau. Mittwoch, den 8. Dezember, fand im Gasthaus zur Hoffnung unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über seine bisherige Tätigkeit. Die Arbeitsverhältnisse sind stabil geblieben, bis auf Platz Schilling, der jetzt schon über ein Jahr still liegt. Im 2. Punkt fanden sämtliche Neuwahlen statt. Es wurden gewählt: als Vorsitzender Georg Burgraf, als Kassierer Georg Heiningner und als Schriftführer Karl Schulze. Als Revisoren die Kollegen Lang, Geisler und Fritsch. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt die Kollegen Burgraf, Gliemer und Starke. Für unsere schwedischen Arbeitsbrüder wurden 346,65 Mark von den Kollegen gesammelt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß der Gauleiter eine Anfrage an ihn gerichtet hat, ob eine Gaukonferenz stattfinden soll oder nicht. Die Versammlung beschloß, es soll keine Gaukonferenz stattfinden. Es wurde weiter noch beschloßen, den ausgekauerten Kollegen ein Weihnachtsgeschenk von 10 Mk. zu überreichen. Ebenfalls soll den durchwandernden Kollegen das doppelte Reisegeld gewährt werden.

Bunzlau. Am 12. Dezember tagte hier eine Delegiertenversammlung des hiesigen Distrikts, welche von 24 Delegierten besetzt war. Diese besaßte sich mit dem Ablauf unseres Tarifs Ende Februar. Alle Redner sind der Ansicht, daß unser Tarif dringend einer Aufbesserung bedarf und zu diesem Zweck gekündigt werden müsse. Schon seit zehn Jahren hat unser Tarif keine nennenswerte Erhöhung erfahren. Dagegen bringt es die neue Richtung in der Architektur mit sich, daß die Arbeiten immer einfacher ausfallen, dementsprechend auch die Löhne immer mehr zurückgehen. Berücksichtigt man die allgemeine Leterung, den neuen Steuerfußtag, die periodische Arbeitslosigkeit und andre schöne Sachen, so kann man ruhig sagen, daß der heutige Steinmetz unter doppelt so schlechten Verhältnissen dahingeht als wie vor zehn Jahren. Auch unser nun bald zwei Jahre altes Schiedsgericht wird einer scharfen Kritik unterzogen. So groß die Hoffnungen früher waren, so groß ist die Enttäuschung jetzt. Es gibt Poliere bezw. Betriebsleiter, die mit dem Schiedsgericht direkt einen Sport betreiben. Ganz einfache klare Sachen werden da abgekrizten, und verlangt der Steinmetz sein Recht, so heißt es: „Wenden Sie sich doch ans Schiedsgericht.“ Kommt glücklicherweise nach acht Wochen (anstatt nach drei Tagen, wie es im Vertrag lautet) ein Schiedsspruch zugunsten der Kollegen zustande, so weigert sich schließlich der Geschäftsführer, dementsprechend auch zu bezahlen. Unter solchen Umständen haben diejenigen recht, die da sagen: Eine solche Einrichtung gehört zum alten Eisen. Des weiteren wird über Einstellen und Entlassen gesprochen und beschlossen, mit den Arbeitgebern betr. Einrichtung eines partiellistischen Arbeitsnachweises in Unterhandlungen zu treten. Ueber die event. Kündigung des Tarifs wird noch eine Abstimmung auf den Plätzen vorgenommen. Weiter wird über die bestehenden örtlichen Krankenzusuffklassen verhandelt. Bekanntlich haben die Zahlstellen Bunzlau, Barthan und Radwitz eine solche Einrichtung, aber die Statuten sind voneinander abweichend. Da es nun immer öfter vorkommt, daß Kollegen bald in der einen, bald in der andern Zahlstelle arbeiten müssen, so stellte sich das Bedürfnis heraus, eine Vereinbarung auf Gegenseitigkeit zu treffen, dahingehend, daß die durchgemachte Karenzzeit in der einen Zahlstelle auch in der andern in Anrechnung gebracht wird. Es soll eine Kommission gewählt werden, die die Vorarbeiten zu leisten hat. Weiter soll diese Kommission darauf hinarbeiten, daß überhaupt über den ganzen Distrikt eine einheitliche örtliche Krankenzusuffklasse geschaffen würde, so daß die Zahlstellen Plagwitz, Deutmannsdorf und Hohenau mit inbegriffen wären. Hoffen wir, daß hier was Ersprießliches herauskommt. Es wird noch angeregt, das Beeridigungswesen anders zu regeln. Beschloßen wird, es beim alten zu belassen, so daß diejenige Zahlstelle, wo der betr. Kollege zuletzt gearbeitet hat, die Beeridigung zu erledigen hat, ganz gleich, wo er gewohnt hat.

Mittweida. Unstre am 12. Dezember im Rosengarten abgehaltene Generalversammlung war nur mäßig besucht. Der Vorsitzende A. Lippmann gab den Jahresbericht und streifte die wichtigsten Angelegenheiten, welche im Laufe des verfloßenen Jahres vorgekommen waren. Es wurden nun die Wahlen vorgenommen. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Kurt Fuhrmann, als 2. Vorsitzender Kurt Hoffmann, als Kassierer Joseph Schlager, als Schriftführer Joseph Kunze. Revisoren sind die Kollegen Mich. Wächter und Heinrich Leisinger. Auch wurde eine Neuwahl der Tarifkommission vorgenommen, bestehend aus den Kollegen Lippmann, Wächter, Hoffmann, Hübler, Th. Dehm, W. Saupe, Dahmann, Fuhrmann, Reim, Leisinger und M. Bachmann. Weiter wurde eine Kommission über die Verwaltungsentwickelung des Vorstandes und der Plaglassierer eingesetzt. Den Kartellbericht gab der Kollege Jentsch und es entspann sich eine sehr ausgiebige Debatte betr. der Plaglassierpreise und der Herberge. Da wir überhaupt keine Herberge mehr haben, ist vom Gewerkschaftskartell eine Kommission eingesetzt, welche sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigen soll. Für die Mansfelder Bergarbeiter wurden zehn Mark aus der Lokalkasse bewilligt. Am Schluß erwähnte der neue Vorsitzende die Kollegen, im kommenden Jahre die Versammlungen besser zu besuchen, als es bisher der Fall gewesen ist, und hofft auf die Unterstützung aller Kollegen.

Münster. Eine schwach besuchte Versammlung tagte am 5. Dezember im Lokal des Herrn Brinmann. Der Vorsitzende Kollege Joller kritisierte den schlechten Besuch. Man möge die neuorganisierten Kollegen doch besser zum Versammlungsbesuch heranziehen. Es handelte sich hauptsächlich darum, wie man am besten die indifferenten Kollegen noch für den Verband gewinnen könnte. Hier in Münster steht uns noch ein großes Agitationsfeld offen. Stundenlöhne von 35 und 38 Pfg. werden hier bezahlt. Trotz alledem lassen sich diese Kollegen nicht bewegen, auch einmal einen Einladungszettel zur Versammlung anzunehmen, viel weniger in einer solchen zu erscheinen. Hier in diesem Zentrumswinkel ist die Arbeiterbewegung noch fast zurückgeblieben. Unermüßlich werden wir aber hier trotzdem tätig sein.

Pilgramsreuth. Am 4. Dezember fand hier beim Gastwirt Andreas Bergmann unsere diesjährige Generalversammlung mit Neuwahl der Vorstandschaft statt. Aus der Wahl gingen hervor als 1. Vorsitzender Johann Kästner, als 2. Vorsitzender Karl Grieshammer; als Kassierer wurde Kollege Fritsch Häbel und als

Schriftführer Kollege Johann Kausch wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Hans Kant und Christian Wolf gewählt. Ortsstatistiker bleibt Kollege Georg Werner. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongress wurden die Kollegen Georg Roth und Andreas Werner bestimmt. Zum 2. Punkt gab der 1. Vorsitzende die Einladung zur Bezirkskonferenz in Schwarzenbach bekannt. Für die streikenden Maurer in Rehan wurden 15 Mark aus der Lokalkasse bewilligt. Der Vorstand ermahnte auch die Kollegen, regelmäßig die Beitragsmarken zu zahlen, damit die Platzkassierer pünktlich zum Quartalswechsel mit dem Kassierer abrechnen können. Auch wäre es erwünscht, wenn die Kollegen sich mehr um ihre Statistiken kümmern wollten.

Bilmar. Der schlechte Geschäftsgang macht sich auch hier unangenehm bemerkbar. In der Marmorfabrik von Neumann u. Co. ist seit einigen Tagen die Arbeitszeit beschränkt worden, daß nur von morgens 8 bis nachmittags 4 Uhr gearbeitet wird. Auch in den übrigen Marmorwerkstätten der hiesigen Gegend wird über sehr flauen Geschäftsgang geklagt. Früher fand die Möbelware reichenden Absatz, jetzt sind aber alle Lager überfüllt.

Rundschau.

Der übermüdete Herr Dr. Ingenieur Bürger. Ein bürgerliches Blatt enthält folgendes Inserat:
In unseren Betrieben finden tüchtige verheiratete Profistiehmehnen sofort dauernde Arbeit. Organisierte Leute ausgeschlossen.
Granitwerke Paul Bürger, Jng., Baumholder.

Die Organisierten sind dem Bürger verhaßt, weil sie auf Innehaltung des mit der Organisation abgeschlossenen Tarifvertrags bestanden. Der Tarif hätte erst am 1. Januar 1910 gekündigt werden können, doch Bürger hat ihn vorher gebrochen. Das Werk hatte wegen Kesselreinigung 14 Tage stillgestanden, dann wurde den Steinmehnen zugemutet, Wechselschichten zu machen. Laut Tarif sind dafür 15 Prozent Aufschlag zu zahlen, Bürger verweigerte jedoch den Aufschlag. Die Steinmehnen lehnten die tarifwidrige Bohndruckerlei ab, und zwar mit Recht. Der Bürgermeister hat versucht, den Konflikt durch einen Vergleich beizulegen, aber seine Bemühungen scheiterten an Burgers Starrsinn. Es dauert der Kampf nun schon die dritte Woche, und sein Ende ist nicht vorzusehen. Wäre das „Herr im Hause“ bei Bürger nicht, so sehr auf der Tagesordnung, ließe er nicht durchblicken, daß die Organisation ihm ein Dorn im Auge ist, so wäre die Sache schon lange beigelegt. An den Organisierten liegt es nicht, sondern nur an Bürger. Er hat einen Raubstreifer gefunden in der Person des „Kollegen“ Bauer, und darauf gestützt, glaubt Bürger seinen Starrkopf aufsetzen zu können. Die Arbeiter aber stehen fest zusammen in der Verteidigung ihrer Rechte, ihr Verband steht ihnen bei. Auch wenn Gendarmen aufgeboden werden, bewahren die Streikenden und Ausgesperrten kaltes Blut. Das Inserat aber richtet Herrn Bürger selbst.

Der Beleidigungsprozeß des ehemaligen Verbandsmitglieds Otto Zimmermann aus Bunzlau gegen den Kollegen Staudinger findet am 20. Dezember in Leipzig statt.

Beitriebsstörung. Das große Köhlersche Granitwerk wurde vor etwa Jahresfrist von der Firma C u n i o r erworben. Der Betrieb ging bisher leidlich, in der vorigen Woche aber mußten die Leute teilweise aussetzen. Auch die letzte Lohnzahlung konnte nicht pünktlich eingehalten werden. Das Werk dirigieren zwei Direktoren; Herr Gertner hat die kaufmännische und Herr Breunemann die technische Leitung. Ob auch dem Beamtenstab teilweise gekündigt wurde, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Die Wiesbadener Gesellschaft für Grabmalbau hat dem Königl. Kunstgewerbemuseum in Berlin die Anregung gegeben, eine Ausstellung künstlerischer Grabdenkmäler zu arrangieren. Es sollen zunächst farbmollendete Abbildungen zur Schau gestellt werden.

Ins Blaue hinein gerechnet. Ein famoseres Rechnungskunststück im Submissionswesen kam in Köln vor. Dort wurde die Unterführung einer Straße vergeben. Es forderten Baumhoff & Hannover 31 288,00 Mk., Gärtner-Köln 46 217,40 Mark. Die Firma Baumhoff aus Hannover verlangt also um etwa 15 000 Mk. weniger als wie ein Kölner Unternehmer. Auch nicht schlecht.

Inverschämtes Begehren. Einige italienische Abgeordnete verlangen, daß die aus der Schweiz eingeführten Granitwaren mit 20 Rappen (gleich 24 Pfg.) pro Zentner verzollt werden sollten. Für den Rubikmeter (gleich 50 Zentner) wäre das eine Belastung von 12 Mark. Dieser Zollfuß müßte natürlich die schweizerische Granitindustrie völlig ruinieren. Die Italiener führen jährlich für 40 Millionen Mark Marmor aus. Auf dieses Material wollen sie natürlich Zollfreiheit haben. Weiter kommt hinzu, daß die italienischen Arbeiter alle Länder überfluten, da sagen die Herren Deputierten nichts. Es ist eigentümlich, daß die kapitalistischen Söldlinge für ihr Heimatland Zollmauern wünschen, aber ihre Fabrikate sollen ungehindert aller Herren Länder zollfrei passieren.

Einem glänzenden Sieg erzielten die freien Gewerkschaften bei der Gewerbegerichtswahl der schwarzen Bischofsstadt Bamberg. Auf ihre Liste entfielen 1291 Stimmen, auf die christliche Liste 704.

Die Christlichen lassen nun die Köpfe gleich Schöpfen hängen, denn man muß bedenken, in Bamberg hat der gewaltige Domkapitular Dr. Schäbler sein Standquartier.

Gewerbegerichtswahlen in Dr. Fiedlers Reich. Bei der Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht aus dem Stande der Arbeitgeber in Passau (Niederbayern) wurden 17 (!) Stimmentzettel abgegeben, die sämtlich auf die Vorschlagsliste des Gewerbevereins lauteten. — Bei der Wahl der Beisitzer aus dem Stande der Arbeitnehmer wurden im ganzen 540 Stimmentzettel abgegeben, von denen ganze 168 auf die Kandidaten der christlich-nationalen Arbeiterschaft und 372 auf jene des sozialdemokratischen Gewerkschaftsvereins (freie Gewerkschaften) lauteten. Die alten Zentrumsburgen gehen jetzt den Christen auch schon flüchten.

Der Verband der Zimmerer beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, die nur zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen Stellung nehmen soll.

Nachahmenswert. Die agitatorische Bedeutung der Hausagitation ist durch die Erfolge, die der Bergarbeiterverband in den letzten Wochen damit erzielt hat, aufs neue dokumentiert worden. Wenn auch der Arbeitsnachweis der Grundbesitzer die treibende Kraft für die Erfolge war, so muß doch berücksichtigt werden, daß die allermeisten der Neugewonnenen nur durch die mündliche Aufforderung der organisierten Mitkämpfer den Weg zur Organisation gefunden haben. Wie die neueste Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ mitteilt, ist nicht nur die Scharte angewachsen, die die wirtschaftliche Krise im Frühjahr und Sommer geschlagen, sondern die Mitgliederzahl hat sich weit über den alten Stand hinaus gehoben. So hat z. B. die Zahlstelle Brambauer (in runden Ziffern) durch die letzte Hausagitation 110 Mitglieder gewonnen, die Zahlstelle Schmidthorst 100, Orle I und II 170, Reddinghausen 110, Westfeld 80, Wattenfeld 220, Rothhausen 100, Dornmund 150, Suderwich 80, Fahren 30, Gladbeck 60, Kentfort 75, Böttrop 50, Osterfeld 80, Hamme 140, Bochum (Stadt) 70, Altenbochum 65, Wismar 100, Ober-Margloh 110, Hamborn 100, Derten 100, Hölvel 50, Horstermark und Dorf a. E. zusammen 280, Hils 50, Mdrö 65 Mitglieder. In gleicher Weise machten andre Zahlstellen Fortschritte.

Die Zahlstelle eines Verbands wieder einmal als politischer Verein erklärt. In L h o r n wurde der Vorsitzende der Zentrale des Lösserverbands zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er es unterlassen hatte, ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Unter dem alten Vereinsgesetz war in einer Versammlung auf die Reichstagswahl hingewiesen worden, auch sollte Politik in den Versammlungen getrieben werden sein. Auf Grund veralteter Politberichte, die von überwachenden Beamten damals aufgenommen worden waren, leitete die Thorer Polizei, sowie auch später das Landgericht Thorn her, daß der Zweigverein des Lösserverbands noch heute Politik treibe und die Vorstandsmitglieder daher anmeldspflichtig seien. Jetzt hat nun wieder Erwarten das Oberlandesgericht zu Marienwerder das Urteil der Strafkammer Thorn bestätigt. Es bleibt also dabei, daß die Zentrale des Lösserverbands ein politischer Verein ist, weil auf Grund veralteter Berichte zu schlußfolgern ist, daß nach wie vor Politik getrieben wird.

Dies ist nun schon der zweite Fall, daß im Osten Zentrale der Gewerkschaften für politische Vereine erklärt werden. Einmal war es die Zentrale der Glasarbeiter in Gertraudenhütte, wo das Statut des Verbands als Unterlage diente. Weil darin steht, daß der Verband danach strebt, daß die gesetzlichen Vorschriften im Arbeitsverhältnis eingehalten werden, erfolgte die Beurteilung.

Diese Auslegung des Koalitionsrechts macht nicht nur der dienstbefähigten Thorer Polizei und den korrekten Richtern Ehre, sondern es wird dadurch auch die Freiheit des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes treffend illustriert.

Die Gewerkschaftsbewegung in Argentinien. In dem industriell sehr rasch sich entwickelnden südamerikanischen Staat Argentinien steckt die Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen. Das Arbeiterelement dieses Landes rekrutiert sich vornehmlich aus eingewanderten Spaniern, Italienern usw., von denen viele sogar des Lesens und Schreibens unkundig sind. Vor einigen Jahren gab es trotzdem schon sehr einflussreiche Gewerkschaften, deren Generalstreiks und Putzstreiks mandant von sich reden machten, die aber infolge ihrer allzu losen Organisation sehr bald der Willkür der erstarrenden Unternehmerorganisation unterlagen. Nach mehrjährigen Bestreben ist es jedoch kürzlich auf einem in Buenos Aires stattgefundenen gewerkschaftlichen Einigungskongress gelungen, einen neuen Gewerkschaftsbund für Argentinien zu gründen, dem auch die meisten der noch bestehenden Organisationen beitreten. Auch in der neuen Organisation herrschen die neuen Syndikastiken. Die Organisation ist föderativ aufgebaut, ihr Aktionsprogramm richtet sich gegen jederlei politische Tätigkeit und betont die Notwendigkeit der direkten Aktion (partielle und Generalstreiks, Boykott, Sabotage); die Agitation soll eine „revolutionäre, antimilitaristische und antipatriotische“ sein. Neben einer Reihe von Gewerkschaftsblättern, die bisher erschienen, wird auch der neue Gewerkschaftsbund ein eignes Organ in spanischer Sprache herausgeben.

Der „Segen“ einer Pensionskasse!

er. Die Aktiengesellschaft Rauchhammerwerke in Gröba bei Riesa hat eine Pensionskasse, die ihren Arbeitern bei nach fünfjähriger Beschäftigung eintretender Erwerbsunfähigkeit oder nach vollendetem 60. Lebensjahre eine der Beitragsklasse entsprechende Pension gewährt. In diese Pensionskasse müssen aber die Arbeiter der Rauchhammerwerke nicht unerhebliche Beiträge zahlen. Wie es aber mit dem Segen dieser Pensionskasse bestellt ist, zeigt folgender Fall. Der ehemalige Schmelzer Mayer wurde nach 22jähriger Beschäftigung wegen Neurasthenie erwerbsunfähig krank und stellte deshalb die Arbeit ein. Der 48jährige Mann wurde, da er als pensionsberechtigter Arbeiter in Frage kam, durch den Kassier und Betriebsarzt Dr. F e s t n e r untersucht, ob wirklich Erwerbsunfähigkeit vorliege. Der Arzt hielt aber Erwerbsunfähigkeit nicht für vorliegend. Er sprach den Verdacht aus, daß M. S i m u l a n t und ein Mann sei, der keine Lust mehr zur Arbeit habe. Nachdem M. längere Zeit im Krankenhaus und in einer Klinik beobachtet worden war und die Ärzte M. ebenfalls als Simulanten bezeichneten, wurde von der Pensionskasse die Gewährung der Pension verweigert. Durch diese Maßnahme wurde M. mit seiner Familie dem Elend preisgegeben. Dazu kam, daß ihm auch von der Landesversicherungsanstalt die Invalidenrente verweigert wurde. M. hatte während seiner 22jährigen Beschäftigung jährlich 21 Mark, also über 2000 Mk. in die Pensionskasse gezahlt und hätte demgemäß eine Pension von gegen 60 Mk. monatlich erhalten müssen. Statt der Pension bekommt der bedauernswerte Mann mit seiner Familie — Almosen. Er fiel der Armenbehörde in Riesa zur Last und diese gewährt der Familie eine Unterstützung von wöchentlich — 6 Mk. Davon muß nun die Familie leben. Da der schwerkranke Mann wegen seines Leidens und auch weil er wegen des ihm widerfahrenen Unrechts und des dadurch herbeigeführten Elends des öfteren Selbstmordgedanken geföhrt hat, bedarf er ständiger Aufsicht. Deshalb ist es der Ehefrau M.s nicht möglich, einer Beschäftigung nachzugehen. Wenn sich nicht ein Menschenfreund gefunden hätte, der die Familie unentgeltlich bei sich aufnahm, dann hätte diese im Armenhaus untergebracht werden müssen. Die im Schwelme seines Angehts mühsam erarbeiteten Groschen M.s fließen in der Pensionskasse, die Familie steckt jetzt in erschütterndem Elend. Der Mann wird nun wegen der Pensionsverweigerung klagbar vorgehen.

In den kommenden Wochen

finden in den Zahlstellen die Generalversammlungen statt. Bei den Wahlen zu den Vorstandsämtern sind nur die tüchtigsten Kollegen, welche in nachdrücklichster Weise die Verbandsinteressen wahren, zu berücksichtigen. Die Revisoren haben sich in peinlichster Weise davon zu überzeugen, daß die Kassenführung eine völlig geordnet ist.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. Dezember 1909.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenkassen, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrastener.)

Oldenburg, B. 92. — Nürnberg, B. 460. — M. 1. — Mittweida, B. 336. — Bruchmühl, B. 184. — Aue, B. 368. — K. 25.75. — Danneberg, B. 4.95. — Schwiebus, B. 2.80. — Berlin, B. 1150. — E. 25. — K. 125. — Brück, B. 60.80, K. 2.20. — Düsseldorf, B. 276. — E. 10. — K. 10. — M. 2.50. — Heilbronn, B. 84. — Gerbede, B. 92. — E. 1. — K. 4.70. — Marxthuthen, B. 62.16, K. 2.80. — Wlauen, B. 55.20, K. 1.80. — Wulsdorf, B. 4.60, E. 0.50, K. 0.90. — Wiesbaden, B. 134. — Wilschdorf, B. 161. — Wörth a. M., B. 33.60, K. 2.40. — Rottensauer, B. 92. — Chemnitz, B. 322. — Aunfingen, B. 104.50, K. 5.50. — Wittenberg, B. 5.90. — Wagnitz, B. 13.85. — Zerbst, B. 2.70. — Varsh, Ab. 1.20. — Baumholder, B. 16.10, K. 1.15. — Heppenheim, B. 420. — E. 5. — K. 10.10, M. 0.20. — Hardheim, B. 46. — K. 10. — Wittenberg, B. 42. — Weiskstadt, B. 210. — Busum, B. 1.05. — Ruppertsberg, B. 2.10. — K. 0.70. — Gralsheim, B. 92. — Ludwig Geist, Kaffierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Mannheim. Der Kollege August Appich, früher in Klingenstein in Arbeit, möge an Unterzeichneten seine Adresse ein-senden.

Münster. Ich ersuche die Kollegen, mir die Adresse des Steinmehnen Friz Kling aus Hof (Bayern) mitzuteilen; es handelt sich um eine Gerichtsache.

Endwig Schmidt, Steinmeh, Warendorf.

Salznstein. Die Kollegen Heinrich Herber und Johann Hergenbahn haben ihre Interimskarte verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Der Vorstand.

Neue Zahlstelle.

Jphosen (11. Gau). Vorj.: Thomas Witzheimer. Raff.: Georg Grünwald.

Adressen-Änderungen.

Übed. Vorj.: Johannes Weber, Engelsgrube 28, II.

Pilgramstent. Vorj.: Johann Kästner.

Nürnberg. Ab 1. Januar 1910 wohne ich Pappentherer Straße 6, I. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Selsenkirchen. Vorj.: Karl Bauer, Ringstraße 13.

Hof (Bayern). Es diene den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Reiseunterstützung vom 19. Dezember ab im Restaurant Deutsches Haus, Marienstraße ausgezahlt wird. Die Ortsverwaltung.

Briefkasten.

München, L. Die Adresse ist uns leider unbekannt. Besten Gruß! — R. Zweifellos liegt der Polier wegen Sachbeschädigung hincin. Der § 303 des Strafgesetzbuches heißt: Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. — Sch. in D. Das Versehen liegt bei der Redaktion. Wir ersuchen um Entschuldigung. —

Die „Steinarbeiter“-Nummern, welche am 24. Dezbr. und am 1. Januar 1910 fällig sind, werden schon am 23. Dezember 1909 gemeinschaftlich versandt. Wir bitten unsere Mitarbeiter, daß sie uns ihre Einwendungen, welche in den beiden Nummern untergebracht werden sollen, unverzüglich zukommen lassen. Der Endtermin für die Einwendungen ist der 20. Dezember.

□□ Anzeigen □□

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Zwecks Umschreibung der Mitgliederliste und Aenderung der Ortsnummern macht sich die Einziehung sämtlicher Mitgliedsbücher und -Karten notwendig. Die Kollegen werden deshalb ersucht, dieselben vom 27. bis 31. Dezember im Verbandsbureau, Seydelstraße 30, pt. (geöffnet von 8—11 und 4—7 Uhr), vorzulegen oder nebst genauer Adressenangabe und einer 5-Pfg.-Marke für Rückporto einzusenden. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Kollegen, die gewungen sind, am Stundung ihrer Beiträge einzukommen. Die Ortsverwaltung.

Ziegelanger und Umgegend.

Sonntag, den 2. Januar 1910, nachmittags 2 Uhr
General-Versammlung
im Gasthaus Lechner in Gilmann.

Hierzu sind die Kollegen der Orte Reil, Ziegelanger, Obels-dach und Gilmann eingeladen. — Statistiken sind zur Kontrolle mitzubringen. Der Vorstand.

Hobelbandstahl in vorzüglicher Qualität

15 x 0,38 mm u. 0,34 mm

Steinmehbleistifte echt Rehbäusches Fa-

brikat, rund u. Flach

Steinmehbesen harts und weiche, mit

und ohne Griff

Steinmehknüppel in prima Weichbuche

und Chinaholz

hält zu billigsten Preisen bestens empfohlen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Schürzen

Gausmacherseinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Zudeits, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft

in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Ferdinand Becker

aus Reiffenhausen, wo bist Du? Es sucht Dich Dein Bruder Fritz in Lutter am Barenberge.

Christian Wagner wo stehst Du? Es sucht Dich Deine Mutter Margareta Wagner in Gefrees.

Erklärung.

Ich nehme die gegen den Deutschen Steinarbeiter-Verband gebrauchten beleidigenden Äußerungen als unbegründet juristisch. Joseph Störner, Steinmeh, Lütchenbach.

Gestorben.

In Bruchmühl am 7. Dezember der Kollege Wolfgang Schhardt, 18 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben. Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Gründung des Verbandes deutscher Granitschleifereien ist perfekt.

Im „Deutschen Steinbildhauer“ (siehe Nr. 50) lesen wir über die Gründung des Verbandes Deutscher Granitschleifereien folgendes:

Die angekündigte Versammlung hat am 20. und 21. November in Leipzig stattgefunden und es haben sich über 40 der hervorragendsten und maßgebendsten Granitschleifereien mit etwa 4000 Arbeitern zu einem Verband zusammengeschlossen, der die Interessen dieser Branche, die auf unserm gewerblichen und Kunstmarkt eine so große Rolle spielt, festigen und fördern soll. Zugleich bezweckt er eine energische Abwehr aller ungerechtfertigten Angriffe (Natürliches und damit auch die Angriffe der Arbeiter gemeint. Redaktion des „Steinarbeiters“), die geeignet sind, der Industrie Schaden zuzufügen.

Sämtliche Vertreter der erschienenen Firmen bekundeten vom Anfang bis zum Schluss eine stammende Begeisterung für die Sache und bewiesen damit, daß der Augenblick endlich wirklich gekommen sei, auch in die Granitschleiferei-Industrie diejenigen Gedanken der Eintracht und Solidarität hineinzutragen und zu verwirklichen, die diese Industrie dringend zu ihrem weiteren Gedeihen bedarf. Der Verband hat denn auch zur Befolgung dieser Zwecke reichliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Als erster Vorsitzender wurde Herr Ludwig Schädler, Mitinhaber des Granitwerkes Künzler, Schädler u. Co. in Schwarzenbach a. S. gewählt. Der Genannte hatte sich nach ursprünglich entschiedener Ablehnung erst dann zur Übernahme dieses Amtes bereit erklärt, als kein anderer Herr sich dazu verstehen wollte. Zum Geschäftsführer wurde aus der Zahl von 120 Bewerbern nach eingehenden Erwägungen Herr Architekt Ludwig B. Juchas aus München bestellt, dessen Persönlichkeit die Gewähr bietet, daß das Arbeitsprogramm des Verbandes auch in künstlerischer Beziehung erfüllt werden wird. Alle jene schwerwiegenden Aufgaben jedoch, denen der künstlerisch gebildete Geschäftsführer naturgemäß vorläufig noch fernsteht, werden von einem vierzehngliedrigen Ausschuss bearbeitet, der sich aus bewährten Fachleuten oder dem Fache schon lange angehörenden Kaufleuten zusammensetzt. Dieser Ausschuss, dem vorläufig die Lösung einiger der wichtigsten Aufgaben des neuen Verbandes zufällt, hat z. B. Vorschläge für Einzelpreise, für den einheitlichen Tarif, für eine einheitliche Arbeits- (Arbeits-) Ordnung usw. zu unterbreiten, und er wird zweifellos mit gutem Erfolg arbeiten und eine Garantie dafür bieten, daß die von vornherein gesteckten Ziele mit größtem Eifer und mit Energie verfolgt werden. Durch diesen Ausschuss soll der Geschäftsführer, der in der Hauptsache zunächst die künstlerische Richtung einzuschlagen haben wird, allmählich aber auch in alle andern Aufgaben des Verbandes mit hineingezogen werden.

In den Ausschuss wurden gewählt die Herren: Viktor Schädler als Vorsitzender, Max Auerwald, G. Hantusch, Wilh. Lüders, Ludwig Petersen (Riel), Dr. Jakob (Hasserode), Dr. Angenhöfer (Friedensfeld), Georg Dassel, Aug. Jahn, Dr. Römer (Reichenbach), Rich. Böhlinger. Hierzu sollen noch kooperiert werden die Herren: Aug. Conradus, Karl Künzler und Wilh. Juchas. Durch diese Wahl ist der Verband als einheitliche Körperschaft und wurde dem Bestehen, dem Zweck und dem Gedeihen des Verbandes getragen und dem Besten der Gleichberechtigung aller seiner Mitglieder.

Das Referat für die Satzungen hatte Direktor Angenhöfer übernommen. Seine Vorschläge fanden mit wenigen Änderungen den Beifall der Versammlung.

Die Vorarbeiten für die nächste, im Laufe des Februar in Rassel abhaltende Versammlung wurden bereits in die Hände des gewählten Ausschusses gelegt.

In der Steinindustrie haben wir also wieder eine neue Arbeitgebervereinigung. Vereinzelt gehörten ja die Granitschleifereibesitzer schon dem Steinmetzmeisterverband an, aber die jetzige Gründung ist als eine spezielle Branchenvereinigung anzusehen, welche nicht zu unterschätzen ist. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß meistens nur Großindustrielle in Frage kommen. Beim Einkauf der schwedischen Rohmaterialien kann der Verband gegenüber den Lieferanten die Preise und sonstigen Bedingungen so ziemlich diktieren. Auch die Konkurrenz unter den deutschen Werksbesitzern selbst dürfte eine Einschränkung erfahren. In der Person des Herrn Schädler hat der Verband zweifellos einen tüchtigen Vorsitzenden erhalten. Daß der neue Verband auch gegenüber der Steinarbeiterorganisation mit den bekannten Manieren

vorgehen wird, betonen wir bloß nebenbei. Aber deshalb sind wir doch der Meinung, daß es höchste Zeit war, daß diese Arbeitgebervereinigung zustande kam. Zweifellos kommt dadurch die Normaltariffrage eher in Fluß. Allerdings, unter den Ausschussmitgliedern finden wir sogar einen Herrn, der seinen Arbeitern das Koalitionsrecht freitrag macht; es ist das Herr Michael Böhlinger aus dem Odenwald.

Bemerkenswert ist, daß der angestellte Architekt, Herr Juchas, mehr künstlerisch tätig sein soll. Die neue Stilrichtung, die von der Wiesbadener Richtung so eifrig propagiert wird, hat zweifellos am meisten dazu beigetragen, daß die Schleifereibesitzer den Weg zur Einigung fanden. Im Frühjahr dieses Jahres brachten wir über die veränderte Geschmacksrichtung in der Grabmalindustrie mehrere Artikel, wir wurden dieserhalb von einigen Kollegen derb abgefeuert. Daß nun aber die Unternehmer jetzt schon einen befähigten Architekten anstellen müssen, der die künstlerischen Entwürfe für Denkmalsarbeiten liefert, ist der beste Beweis dafür, daß wir mit unseren Ausführungen das Richtige getroffen haben.

Steinmetz-Bildhauer.

Über dieses Thema schreibt der schweizerische „Steinarbeiter“:

Die raffinierte Arbeitsteilung, welche auf allen Gebieten der modernen Industrie eingerissen ist, als Folge der großmöglichen Ausnutzung der Arbeitskraft und demzufolge höheren Unternehmerertrags, hat auch in der Steinindustrie nicht ganz spurlos vorübergehen können. Nur die Verhältnisse mögen daran schuld sein, daß es noch nicht soweit gekommen ist, als z. B. in der Holzindustrie, wo wir in alten Zeiten noch Meister fanden, welche ihr ganzes Fach beherrschten und ebenso gut Boden legen, Fenster anschlagen, einfache bis feinste Möbel selbst herstellen konnten. Sie mußten eben außerordentlich vielseitig sein.

Jetzt haben sich die Verhältnisse verschoben, schon ein Blick in eine Bau- und Möbelschreinerei belehrt uns darüber — wir finden hier Spezialarbeiter, als: Anschläger, Bodenleger, Holzschlössler, Juridiker, Möbelschreiner in verschiedenen Abteilungen, Polierer usw. So geht es fast in allen Industrien, ohne daß dieser Zerdegang aufgehoben werden könnte.

Nur hier und da hört man bei Kleinmeistern die Klage, daß die jüngeren Gesellen ihr Fach nicht ganz beherrschen; nun, wenn man die heutige kapitalistische Arbeitsmethode betrachtet, so kann man das verstehen.

Auch in der Steinindustrie kann man etwas Ähnliches beobachten. Im 16. und 17. Jahrhundert wird man schwerlich den Bau- und Bildhauer als Beruf finden, den Bildhauern der damaligen Zeit waren andre und höhere Aufgaben gestellt als heute. In alten Brunnen zum Beispiel finden wir Köpfe und Dekorationen, deren handwerksmäßige naive Ausführung darauf hinweist, daß der Steinmetz der damaligen Zeit nicht allein der Werkführer, sondern auch die Formen- und Modelle gezeichnet hat. Oft sieht man alte bildhauerische Arbeiten, die sich künstlerisch aus dem vollen herausheben. Es mögen die heutigen Steinbauer oft klagen über die hohe Vollkommenheit und technische Fertigkeit ihrer früheren Vorgänger, wenn sie sich die herrlichen und komplizierten Profil- und ornamentalen Arbeiten an den alten Domen betrachten. Auch fast aller ornamentaler Schmuck wurde früher von guten Steinmetzen ausgeführt, denn auf Blumenkriechen, Krabben und Kreuzblumen findet man heute noch das früher seltene Steinmetzzeichen. Nicht ist damit gesagt, daß die heutigen Steinbauer unfähig wären, solche Arbeiten auszuführen, durchaus nicht! Nur die überhäufte Arbeitsmethode läßt keine Zeit dazu, es wird nur gemacht, wieviel Kubikmeter fast du gehauen, oder bei Tagelohn wird genügend angetrieben, daß möglichst ein großer Haufen geschaffen wird.

Dadurch geht die Freude an der Arbeit verloren, die Arbeit an und für sich wird nicht individuell, sondern der Arbeiter wird zur Maschine. Auf der einen Seite aber finden wir immer noch eine große Anzahl Steinbauer, welche befähigt sind, gute Bildhauerarbeit auszuführen, auf der andern Seite jedoch haben sich im Laufe der Zeit Kräfte emaniert, welche sich schließlich nur auf dekorativen, d. h. bildhauerischen Schmuck werfen, speziell für öffentliche und Profanbauten. Es wird ja heute keinem Architekt einfallen, eine reine Bildhauerarbeit einem Steinbauer zu übertragen und umgekehrt. Hier hat sich also in einem Berufe, welcher früher zusammengehörte, eine

Arbeitsteilung vollzogen. Diese Gruppe Steinbildhauer nun hatte bis vor einigen Jahren ihr gutes Auskommen, dank der reichen Anwendung von Verzierung in den alten Stilen. Auch hier hat jetzt die neue Zeit revolutionierend eingewirkt durch den modernen Stil. Die Arbeitsbelegenheit ist um mehr als 50 Prozent gefallen und alle Mängel, welche eine große Arbeitslosigkeit im Gefolge haben, sind auch bei den Steinbildhauern eingetreten: Berufsflucht, Mißmut, Interesslosigkeit an allem. Eine spätere Statistik wird hier noch genaueren Aufschluß geben. Wenn es jedoch nicht bekannt ist, der mag sich eine Vorstellung machen, an welcher einige Bildhauer immer monatelang zu schaffen hatten; demgegenüber kommt heute ein Bau im modernen Stil mit den großen glatten Flächen und ruhigen Linien für die Bildhauer kaum in Betracht. Nur hier und da ist ein Architekt, der noch in alten Stilen arbeitet, oder es versteht sich einer zu einigen Vorbeerkriechen. Hat es doch bei einigen Architekten den Anschein, als könnten sie einen Stil nur durch den ewigen Vorbeerkriechen! Ich erinnere mich, daß irgendwo an einem Luxusbau über 8000 Vorbeerkriecher gehauen wurden — das reichte Raubbaukosten!

Wohl gibt das für die Bildhauer eine temporäre Unterbrechung ihrer Arbeitslosigkeit, welche leider oft durch Steinhauer illusorisch gemacht wird, wenn die Fälle sich vermehren sollten, wo Steinhauer reine Bildhauerarbeiten ausführen und so ihren Verbandskollegen noch das bißchen Arbeit wegnehmen. Daß das vorgekommen ist, will ich an einigen Fällen zeigen: An dem Neubau des Berner Kasino wurden einige 20 Rosetten durch Steinhauer ausgeführt, ebenfalls in Vern am Bahnhof wurden letztes Frühjahr Bildhauerarbeit und Wappen von Steinhauern hergestellt; in Basel wurde dieses Jahr ein Vorbeerkriecher mit Mittelstück von Steinhauern ausgeführt; ebenfalls in diesem Jahr wird am Bahnhof in Zürich der ornamentale Schmuck durch Steinhauer ausgeführt usw., trotzdem es sich um ausgesprochene Bildhauerarbeit handelt und trotzdem viele Bildhauer arbeitslos waren. Wer will es ihnen übelnehmen, wenn sie sich dagegen wehren? Ist doch die Berufsmißere so groß, daß sie oft nicht wissen, wie sie ihren Pflichten gegen Gesellschaft und Verband nachkommen sollen.

An und für sich ist es ja begriffenwert, wenn es noch einen großen Prozentsatz von Steinhauern gibt, die Geschick und Lust für solche Arbeiten sich bewahrt haben, doch muß auf der andern Seite betont werden, daß die Ausführung von reinen Bildhauerarbeiten durch Steinarbeiter zurzeit für die ersten von großem Schaden ist. Immer und immer wieder hat dieser Punkt in den Sektionen zu unliebsamen Erörterungen geführt und wird wohl erst schwinden, wenn hier eine Grenzvereinbarung stattgefunden hat; um so mehr ist es jetzt an der Zeit, da die Steinbildhauer ja im Steinarbeiterverband organisiert sind, die Vereinigung dieses Punktes auch die Möglichkeit bietet, die noch fernstehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen. Aber wie eine Grenze ziehen? Man hat mir erwidert, es sei oft schwer zu sagen, wo die beiden Berufe sich trennen, z. B. bei geschweifter Arbeit, bei Kapitellen, bei Giebeln usw. Ich für mein Teil bin nicht so kleinlich und hege die Meinung, daß es jeder Steinhauer herausfindet, wo Architektur aufhört und Ornament anfängt. Mit diesen Gedanken wäre ja eine Grenze und Lösung gefunden. Immerhin sollte der Punkt einmal diskutiert werden. Sollen wir, doch uns verpflichten lernen, Sachen wegzuwerfen, welche zu Mißverständnissen führen können, und so mit uns und weiterbauend wirken.

Zur Hilfsarbeiterfrage.

In fünf Nummern des „Steinarbeiters“ ist die Frage behandelt: Warum muß unsere Organisation auf eine breitere Grundlage gestellt werden?

Die Gewinnung der Hilfsarbeiter rührt da am meisten auf Widerstand, wo unsere engeren Berufskollegen dem Verband selbst zum größten Teile noch nicht als Mitglieder angehören.

In Steinbrüchen, wo sämtliche Steinmetzen und Steinbrecher dem Verbands angehören, sind wohl meist auch die Hilfsarbeiter zum Beitritt zum Steinarbeiterverband zu bewegen. Im Beweise hierfür führe ich einen Steinbruch in unmittelbarer Nähe der böhmischen Grenze an, wo alle Beschäftigten unserem Verband als Mitglieder angehören. Des weiteren kann ich vom Postler Steinbruchsgebiet berichten, daß dort, wo alle Steinmetzen und Brecher organisiert sind, auch nahezu alle Hilfsarbeiter dem Verband angehören. Das ziemlich Gegenteil ist vom Gottleubataler Sandsteingebiet zu sagen; dort liegt die Schuld, wie oben angeführt, an den Steinbrechern, die bis jetzt dem Verband noch nicht alle angehören. Im Laufe dieses Jahres ist in letztgenanntem Gebiet eine tüchtige Agitation entfaltet worden, die auch von ganz schönen Erfolgen begleitet gewesen ist. Meiner Meinung nach liegt die Schuld, warum die

Derartige Höhlen wurden mehrere im westlichen Schlesien entdeckt. Zunächst hielt man sie für Heiden- oder Hünengräber, denn sie waren diesen von außen gleich. Höhlenhäuser fand man auch in Mecklenburg, aber sie unterscheiden sich wesentlich von den beschriebenen. Hier hat man zwar auch einen Berg aus Erde gemacht, um darin zu wohnen, aber der feste Unterbau, zu dem der Erdberg nur die Umhülle bildete, war aus Holz.

Aus diesen Höhlenwohnungen von Erde, Stein und Holz entstanden durch sorgfältigere Auffichtungen der Wände allmählich die Häuser. Von dem Trieb befeuert, die Form der Steine im Lehm nachzumachen, um auf diese Weise dünnere und schlankere Lehmwände zu gewinnen, formte man später große Backsteine, die an der Sonne getrocknet wurden. Uralt ist die Ziegelbereitung. Schon im frühesten Altertum wurden die Juden in Ägypten und Babylonien zur Ziegelbereitung gezwungen. In Babylonien wurden sogar die Toten in irdernen Särgen bestattet. Diese bestanden aus einer wohlgebrannten oberen und einer unteren Hälfte. Nachdem der Tote zwischen beiden eingeschlossen, verformte man die Ritzen sorgfältig mit Lehm und legte das Ganze wieder dem Feuer aus. Einen solchen Sarg konnte man einfach auf Feld stellen.

Weniger rasch konnte sich das eigentliche Holzhaus entwickeln. In Japan und Korea wurden nicht nur die Land- und Wohnhäuser, sondern auch die öffentlichen Gebäude aus Holz hergestellt. Gleichwohl konnte das feste den Lehm- wie den Bruchstein nicht verdrängen, denn eine Wand von Holz kann sich an Dauerhaftigkeit mit der eigentlichen Mauer nicht vergleichen. Man suchte durch Anwendung härterer Stämme die Lehmverlebung überflüssig zu machen. Mit besseren Instrumenten als die Urmenschen versehen, schleppte man gerade, glatte Stämme zur Baustelle und legte je einen Stamm der Länge nach horizontal auf den andern, bis die Wand hoch genug war. Um den Stämmen den nötigen Halt zu geben, baute man die vierreihigen Häuser derart, daß die beiden Seitenwände die Vorder- und Hinterwand gewissermaßen durchschlitten, so daß die Balkenköpfe aller vier Enden über die Ecken hinausragten. So entstand ein Blockhaus. Die Pfahlbauten waren auf folgende Art errichtet: Man rampte nahe am Ufer in leichtes Wasser roh zugehauene und am Feuer geschwärtzte Pfähle, welche in regelmäßigen Reihen geordnet wurden. Auf diesen Spizen wurde nun ein ausgebehneter Klotz aus Balken, Flechtwerk und Erde bestehend, angebracht. Er wurde

mit dem Lande durch eine transportable Brücke verbunden; auf diesem Klotz errichtete man Häuser. So war man sicher vor wilden Tieren und den oft noch schlimmeren Menschen. Man hat diese Pfahlbauten in den meisten Seen der sogenannten ebenen Schweiz gefunden.

Holz und Lehm, die bisherigen Baumaterialien, haben der Entwicklung der Baukunst keinen starken Vorstoß geleistet. Stein ist das beste Baumaterial der Welt. Der mit Quadern arbeitende Baumeister verließ schon bald die einfachen Formen, um nicht nur zweckmäßig, sondern auch „stimmig“ zu bauen.

Die eigentliche Baukunst beginnt mit den Pyramiden in Ägypten und Babylon. Die ältesten dieser Monumentalbauten sind Grabhügel. Die Könige dieses Volkes bauten sich bei Lebzeiten als Wohnung nach dem Tode ein Grab, so groß und herrlich ausgeführt, wie es ihrer Macht entsprach. Die Pyramiden sind im großen Maßstabe genau gebaut, wie das Hünengrab. Der einzige Unterschied zwischen dem nordischen Hünengrab und der Pyramide besteht in der Größe und ihrer regelmäßigen Form. Nicht nur in Ägypten, auch in Vorderasien wurden im Altertum Pyramiden gebaut. So in dem am Euphrat gelegenen Babel mit dem sogenannten „Babylonischen Turm“. Dieses Bauwerk war nichts anderes als eine kolossale, sehr breite und lange Pyramide, welche aus sieben senkrechten und fast übereinander aufragenden bunten Stufen von 22 bis 23 Meter Höhe bestand.

In den Seiten der Stufen führte eine Treppe von Terrasse zu Terrasse bis zu der großen obersten Plattform hinauf. Dort oben stand die Pyramide krönend, ein Tempel. Die babylonische Stufenpyramide war das höchste Gebäude der alten Welt. Derartige Pyramidenbauten findet man, wenn auch in beschneidender Größe, in allen Ländern der Welt, auch bei den Azteken in Mexiko. Immer aber wurden diese Gebäude nur in solchen Zeiten errichtet, welche den unmittelbaren Übergang der Menschheit aus der Wildheit zu den ersten Triumpfen der Kultur bildeten.

So lernten die Menschen das Bauen. Aus Höhlen und Gärten wurden Häuser und Monumentalbauten auf dem Wege langsamer Entwicklung, den die Menschheit auch in der Baukunst durchgemacht hat.

Wie die Menschen bauen lernten.

Jedes Volk hatte seine Urzeit; in den Wäldern, die wir die „wilden“ bezeichnen, können noch jetzt Urwälder und Urwälder gefunden werden, die uns an die vorweltgeschichtlichen Menschengeschlechter erinnern. So hatten sich z. B. Wälderstämme von Neuholand an einer Ausstellung beteiligt; sie stellten aber sonst nichts aus als — hölzernen Waffen. Außer diesen lieferten sie noch aus Glas gefüllte Beutel, in denen sie ihren Speisestoff unterbringen. Die Kunst zu bauen kannten auch sie nicht. Sie ahnten kaum die schlauesten Anfänge derselben. Im nördlichen Neuholand, das keinen Winter, sondern statt dessen eine monatelange Regenzeit hat, verschafft sich der Australneger durch das Graben eines Loches, das er mit Reisig bedeckt, einigen Schutz. Er schmirt seinen Körper mit Fett, setzt sich auf dieses Reisig und läßt das Wasser auf seinem Körper hinunter in die Grube laufen. In den nördlichen Gegenden erleichten jedoch diese Schlammlagerbauten den Urmenschen schon nicht mehr aus. Sie verstanden zwar auch keine Häuser zu bauen, aber die Natur kam ihnen zu Hilfe. Sie bot ihnen in den Gebirgen eine Menge Höhlen. Hier wohnten sie mit ihren Familien unter einem schützenden Dach. Die Höhlen erleichten mit der Zeit nicht aus. Die Menschen waren gezwungen, dieselben künstlich herzustellen. Eine klassische Spalte wurde der Einwirkung des Feuers ausgesetzt, gegen den heißen Stein Wasser gegossen, so daß er hart und Stille herunterbrach. Ein merkwürdiges Exemplar einer solchen künstlichen Felsenhöhle fand man im südlichen Württemberg. Dort steht irgendwo ein Stein am Berghang, der auf die beschriebene Weise künstlich ausgehöhlt ist. Nur die Außenseiten dieses Steines, wie die Schalen eines hohlen Eies. Im vorderen Teile deuten eine Anzahl geschwärtzter Steine den Feuerherd an, der hintere Teil des Raumes ist hoch und schwer zu erreichen. Aber auch in den ebenen Teilen schleppten sich die Urmenschen einen Haufen Steine zusammen, wie man sie als Feldsteine im Freien findet. Diese Steine, welche in der Eiszeit auf schwimmenden Schollen von den nördlichen Gebirgen heranglitten, trafen über den damals noch unter der Meeresfläche liegenden Norden Deutschlands und sanken infolge des Verschmelzens des Eises in den Boden. Es sind dies die heutigen „extratischen Blöcke“. Solche Blöcke wälzten die Urbewohner Germaniens in einen Kreis zusammen und überdeckten den damit eingeschlossenen Raum mit flachen Steinen.

Hilfsarbeiter unserm Verbands nicht in größerer Zahl betreten, an den Berufscollegen, welche ständig mit ihnen zusammenarbeiten, aber selbst dem Verbands fernstehen oder doch nicht in der wünschenswerten Form für denselben Propaganda machen.

Wenn die Hilfsarbeiter sehen, daß sich die direkten Berufsarbeiter alle dem Verband angeschlossen haben und sich dadurch ihre Lage verbessert, was ohne weiteres geschieht, so müßte es nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn sich nicht auch bei ihnen der Wunsch äußern sollte, ihre Lage zu verbessern. Als Arbeitsmittel wird in den Artikeln die Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse empfohlen. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß wir eine niedrigere Beitragsklasse einführen (als also Reduktion), aber nicht etwa, weil ich mir davon einen Massenstrom von Hilfsarbeitern verspreche, sondern nur, weil ich es gerecht betrachte, daß alle nach ihrem Einkommen zu den notwendigen Ausgaben herangezogen werden. Wenn in den Artikeln weiter gesagt wird, daß andre Verbände, denen Hilfsarbeiter, die in Steinbrüchen beschäftigt sind, angehören, niedrigere Beiträge erheben, so trifft dies nicht überall zu. Auch ist auf die Leistungen dieser Verbände zu achten. Die Fabrik- und Hilfsarbeiter haben zum Teil niedrigere Beiträge zu entrichten wie wir, und trotzdem zahlt der Verband neben der Krankenkasse noch Erwerbslosenunterstützung. Die Maurer und Bauarbeiter zahlen nur 40 Wochen Beiträge, und zwar zum Teil so hoch wie wir, und an zurückgebliebenen Orten weniger. Also ist hierdurch derjenige, der in diesen Verbänden organisiert ist, pekuniär besser dran als derjenige, der bei uns organisiert ist. Daß aber alle diese Verbände für die Interessen ihrer Mitglieder, die in der Steinindustrie beschäftigt sind, nicht so eintreten können, als wie der Steinarbeiterverband, wird dabei nicht genügend beachtet. Gerade diese Tatsache muß den Hilfsarbeitern zum Bewußtsein gebracht werden.

Es ist wohl auch an dieser Stelle am Platze, einige Worte darüber zu verlieren, wer in der Steinindustrie als Hilfsarbeiter zu betrachten ist. Meiner Meinung nach ist nun derjenige als Hilfsarbeiter anzusehen, der nicht immer in der Steinindustrie beschäftigt ist, sondern dort arbeitet, wo ihm die Verhältnisse am günstigsten dünken und daher öfters den Beruf wechselt. Diese Arbeiter sind in der Regel am schwersten zu bewegen, dem Steinarbeiterverband beizutreten. Sie warten nur auf eine günstige Gelegenheit, ihren früheren oder einen andern lohnenderen Beruf zu ergreifen. Soweit derartige Hilfsarbeiter überhaupt organisiert sind, bestehen ja Bestimmungen, wann der Uebertritt in unsern Verband zu erfolgen hat.

Denjenigen, die infolge der örtlichen Verhältnisse gehalten sind, stets in den Steinbrüchen zu arbeiten, betrachte ich nicht als Hilfs-, sondern als Berufsarbeiter. Es sind also nicht alle die niedrigeren Beiträge, die uns mehr Berufsarbeiter zahlen können, sondern es muß in bezug auf Agitation noch mehr als bisher geleistet werden. Sehr gefällt mir die Anregung des Kollegen Daubenthaler, den Zusammenschluß aller am Bauberuf in Frage kommenden Verbände verwirklichen zu helfen. Ich wünsche nur, daß dieser Gedanke, mit dem ich schon mehrere Jahre sympathisiere, recht bald von allen beteiligten Berufen zur Durchführung gebracht würde. Damit würde vielen unliebsamen Vorkommnissen der Boden entzogen und der Allgemeinheit der im Bauberuf Beschäftigten der denkbar größte Dienst geleistet.

Der Artikelführer in Nr. 45 erhofft von der Einführung einer niedrigeren Beitragsklasse eine leichtere Ueberbrückung der angeblich bestehenden Branchengegenstände. Ich halte die „fortwährende“ Behauptung, daß innerhalb unseres Verbandes Branchengegenstände bestehen, nicht für richtig. Daß dadurch eine starke Spannung unter den Branchen entstehen muß, wenn dies ein Kollege, der mit an der Spitze steht, behauptet, ist wohl klar. Und ich habe mit einigen meiner Kollegen den Wunsch, daß derartige — Quertreibereien (Gut gebrüllt, Löwe!) — in Zukunft unterbleiben mögen. Ich hoffe bestimmt, daß damit der Sache unseres Verbandes weit eher gedient ist als wenn wir uns gegenseitig das Vertrauen aus guten Willen absprechen. Wer in der Verbandsleitung sitzt und welcher Branche er früher angehört, ist ganz gleich. Dort wird nicht über Branchen-, sondern über Verbandsinteressen entschieden, und sollen diese Posten nur mit den tüchtigsten Personen besetzt werden. Bezüglich der Besetzung der Gauleiterstellen halte ich es für gut, wenn in Zukunft darauf Rücksicht genommen wird, welche Branche in dem betreffenden Gau am stärksten vertreten ist und möchte auch den Zahlstellen des Gaus ein Mitbestimmungsrecht zuerkennen werden. Was uns vor allem nottut, ist die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Diese zur Annahme auf dem kommenden Verbandstag zu bringen, ist meiner Ueberzeugung nach dringend notwendig. Bis jetzt haben alle jene Verbände, die Erwerbslosenunterstützung zahlen, gute Erfahrungen damit gemacht. Wenn in Nr. 48 Kollege P. B. erklärt, daß der Anschluß der Hilfsarbeiter für unsern Verband weit wichtiger ist als die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und als Grund anführt, wir brauchen größere Massen, denn unser Agitations- und Verwaltungsapparat wird sonst zu kostspielig, so hat er der Sache damit gewiß den schlechtesten Dienst erwiesen, denn die Masse schert sich den Teufel darum, ob der Apparat zu groß ist, der geht auch kleiner zu machen, und an Großmannsucht wollen wir gewiß nicht sterben. Wenn er dem Kollegen Bartha für die Gründung einer Zahlstelle für den Transportarbeiterverband seine besondere Anerkennung zollt und sagt, der hat gehandelt, so sage ich, wir alle müssen ernstlich darauf hinarbeiten, daß alle im Bauberuf und seinen Nebenzweigen beschäftigten Personen zu einem Industrieverband vereinigt werden.

Wirna. Th. Ernst.

Anmerkung. Kollege Ernst meint, es wäre besser, wenn der Anschluß an den Industrieverband für das Baugewerbe stärker propagiert würde. Uns liegt aber das Heim näher wie der Rod. Die Schaffung eines wirklichen Industrieverbandes, an welchem alle Berufe, die mit dem Baugewerbe tangieren, beteiligt sind, ist doch mit dem Zusammenschluß der Maurer und Bauhilfsarbeiter erst im Entstehen begriffen. Wir tun besser, keinen Utopien nachzujagen; besaßen wir uns also mit realen Tatsachen. Daß wir für die ungelerten Arbeiter in der Steinindustrie niedrigere Beitragsklassen brauchen, dürfte doch das sehr dürftige Ergebnis der geleisteten Agitationsarbeit ergeben haben. Wer allerdings mit dem bisher Erreichten bezüglich der Mitgliedszahlen zufrieden ist, den bewundern wir rückhaltlos. Es ist nicht tunlich, so ohne weiteres die Berufsverhältnisse des Elbsandsteingebiets auf die gesamte deutsche Steinindustrie zu übertragen. Im Siedeburger Gebiet haben wir Hunderte von ungelerten Arbeitern, die dortigen Agitatoren dürften doch auch nicht ganz ungeschickt sein, aber die genannte Arbeiterkategorie konnte eben nicht gewonnen werden, trotzdem es an unzahligen Versuchen dazu nicht gefehlt hat. Es müssen auch die jeweiligen Lohnverhältnisse in Berücksichtigung gezogen werden. Doch darüber wollen wir heute keine weiteren Betrachtungen mehr anstellen.

Der Kollege Ernst runzelt aber die Stirn nicht schlecht, weil die Redaktion in einem früheren Artikel dafür eintrat, daß in den oberen Verwaltungsinstanzen die Hartsteinarbeiter eine größere Vertretung erlangen sollten. Er und seine engeren Freunde nennen ein solches Verlangen „Quertreiberei“. Die Redaktion wird aber trotzdem an ihrer Meinung festhalten und weiter dahin wirken, daß ihr Vorschlag zur Annahme gelangt. Wenn unsere Anregung Quertreiberei sein sollte, dann dürfen wir überhaupt keiner Organisationsweiterung mehr das Wort reden. Unsere Statuten sind doch keine Dogmen, oder haben die Hartsteinarbeiter kein Anrecht, in die oberen Verwaltungsinstanzen eilige Mitglieder entsenden zu können? Nun wird

weiter gesagt, in diesen Instanzen sollen nur die tüchtigsten Kollegen sitzen, die Branchenzugehörigkeit sei egal. Wenn eben das Statut nicht geändert wird, dann werden auch in der ferneren Zukunft die Hartsteinarbeiter in den genannten Instanzen keinen ehrenamtlichen Vertreter entsenden können. Oder soll das Kollege Ernst wirklich nicht wissen? Gerade deshalb sind wir dafür eingetreten, daß die Zahlstelle Meißner zwei Kollegen in den Verbandsauschuss und die Zahlstelle Deutscher zwei bis drei Kollegen in den Zentralauschuss entsenden soll. Meint denn Kollege Ernst wirklich im Ernst, daß es tatsächlich richtig sei, wenn den Hartsteinarbeitern die angeregte Vertretung vorenthalten würde? Oder soll man darunter nicht die nötigen Intelligenzen finden oder sollen weiter dieselben nicht die nötige Objektivität bewahren können?

Wir haben unsern Vorschlag wohl erwogen, ohne dabei an Quertreibereien zu denken? Ernst hätte besser getan, wenn er gesagt hätte: In den beiden Instanzen ist unter den 14 Funktionen bloß ein Granitarbeiter, und das kann doch ohne weiteres geändert werden. Kollege Ernst ging auf den Brennpunkt unserer Anregung nicht im geringsten ein. Will er vielleicht die jetzige Zusammensetzung für die Dauer unter allen Umständen aufrecht erhalten? Die Hartsteinarbeiter haben zum Verband ein weit größeres Vertrauen, wenn ihnen das Recht eingeräumt wird, daß sie in die obersten Verbandsinstanzen zulässig Kollegen aus ihrer engeren Branche entsenden können. Unsere Vorschläge sind praktisch realisierbar, das steht außer Zweifel. Wenn Kollege Ernst aber nun meint, unser Beginnen sei Quertreiberei, so wollen wir ihm versichern, daß wir nun erst recht überzeugt sind, daß unsere Darlegungen das Richtige getroffen haben. Unsern Vorschlag halten wir, daß sei dem Kollegen Ernst und seinen Freunden gesagt, in vollem Umfang aufrecht. Die Redaktion.

Die Arbeitslosenunterstützungsvorlage der Zahlstelle Strabburg.

Sind unsere Kollegen durchschnittlich nicht so zahlreich und zeitig in unsere Sonntagmorgensversammlungen zu bringen, so ließ schon das pünktliche Erscheinen vieler Kollegen darauf schließen, daß es am 12. Dezember in der Strabburger Versammlung interessant werden könnte. Mit Interesse folgten sie dem Referat des Vorsitzenden über das aktuelle Thema der Arbeitslosenunterstützung im allgemeinen. Der Vorlage für den Ort liegt die Statistik der beiden letzten Jahre zugrunde. Hiernach betrug die Arbeitslosigkeit der sich an der Statistik beteiligten 1907 bis 1908 80 Prozent, 1908 bis 1909 70 Prozent. Es waren somit 80 Prozent der Kollegen arbeitslos, und zwar im Durchschnitt 40 Tage. Es ist dies ein hoher Prozentsatz, der wohl durch die „Statistikverbummel“ nicht noch ungünstiger beeinflusst werden wird. Bei einem Mitgliederstand von 200 mit 25 Pfg. Beitrag pro Woche gingen im Jahre 2000 Mark ein. Mit 1 Mark pro Tag könnten somit 2000 arbeitslose Tage ausbezahlt werden. 80 Prozent oder 160 Mitglieder erhielten für 18 arbeitslose Tage gleich 3 Wochen 2880 Mark. Es entsteht somit ein Defizit von 280 Mark. Unter obigen Unterstützungsbedingungen und über 25 Pfg. Beitrag, womit der Vollbeitrag von 1 Mark erreicht wird, kann schon der glatten Geschäftsführung halber nicht gegriffen werden. Das Defizit muß somit, falls es durch die fluktuierenden Elemente nicht gedeckt wird, anderweitig aufgebracht werden. Werden wir zur künftigen Arbeitslosenunterstützung zugelassen, so erhöht sich die Unterstützung für die ein Jahr hier wohnenden Kollegen um 50 Prozent. Mit 18 Mark Einzahlung können somit 27 Mark erlangt werden. Ein Beitrag von 35 Pfg. (10 Pfg. für die Kranken- und 25 Pfg. für die Arbeitslosenkasse) muß selbstverständlich auch bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit erhoben werden. Zum Schluß der sich hieran anschließenden äußerst lebhaften Debatte wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verein mit dem Verbandsrat in die definitive Beschlussfassung wurde jedoch der nächsten Versammlung überlassen, bis wohin der Vorstand ebenfalls die Satzungen ausarbeiten hat.

Sehr heiß ging es nun beim folgenden Gegenstand her. Seit Besetzen des Tarifs ist es schon bei verschiedenen Firmen, wenn nichts mehr half, zur Arbeitsniederlegung gekommen. Anfangs impulsiv, ohne vorhergehende Versammlung. Dem wurde abgeholfen dadurch, daß durch Beschluß festgelegt wurde, daß hierzu nur eine Mitgliederversammlung kompetent sei. Nicht aber gelang es, den Unterstützungsanspruch zu regeln. Alle diesbezüglichen Anträge wurden abgelehnt mit der Motivierung, von Fall zu Fall hierüber zu entscheiden. Mehrere Fälle kamen inzwischen vor, ohne daß von irgendeiner Seite ein Anspruch erhoben wurde. Es mag nun sein, weil die Schachermühle in diesem Jahre den zweiten „Streik“ fleißig beendet hatte, daß die Kollegen glaubten, ihr Antrag würde angenommen. Die Versammlung regelte diese Frage durch Annahme folgenden Antrages: „Dauert eine Arbeitsniederlegung länger als drei Tage, so tritt Unterstützung vom ersten Tage an ein nach den Sätzen des Verbandsstatuts.“

Am Donnerstag, den 30. Dezember, findet die wichtigste Versammlung dieses Jahres statt.

Noch einige Worte zur Hilfsarbeiterfrage.

Nachdem nun einmal die Hilfsarbeiterfrage gewissermaßen aktuell ist, möchte ich mir ebenfalls erlauben, einige Worte darüber zu verlieren. Bedenken, die in Nr. 49 des „Steinarbeiter“ gegen die Aufnahme der Hilfsarbeiter geltend gemacht wurden, sind meiner Ansicht nach in keiner Weise stichhaltig. Für uns gilt nur der Grundsatz: gegen das Kapital, und hier sind wir alle einig, nicht nur Steinmehrer und Schleifer, sondern auch die Hilfsarbeiter, soweit letztere organisiert sind. Daß wir die Hilfsarbeiter brauchen, ist eine unumwundene Tatsache, das hat ja auch die Redaktion schon eingesehen und zurecht dargelegt. Es ist vielleicht bei Streiks ein schärferes Vorgehen möglich, wenn diese Leute bei uns organisiert sind. Wir haben hier einen Kunststeinwerkerplatz, wo höchstens 3 bis 4 Steinmehrer beschäftigt sind. Soll hier eine Forderung durchgeführt werden, so kommt es wesentlich sehr viel auf die Hilfsarbeiter an. Haben wir diese in unserm Verband, so ist uns der Erfolg sicher, und wie es bei uns ist, wird es wo anders auch sein. Nun wird es sich wohl bei der Aufnahme der Hilfsarbeiter darum handeln, wie die Beiträge für solche Mitglieder bemessen werden. Daß die gegenwärtigen Beiträge zu hoch sind, ist außer allem Zweifel, und ich nehme an, daß der Vorschlag des Kollegen Dinkler (Berlin), den Beitrag nach dem durchschnittlichen Stundenlohn zu bemessen, der richtige wäre. Nun wäre jedenfalls noch etwas im Auge zu behalten, und zwar der Uebertritt der Hilfsarbeiter aus einer andern Gewerkschaft in die unsrige. Bei uns in Hof (Bayern) kommt es nämlich des öfteren vor, daß aus der Textilbranche solche Hilfsarbeiter in Steinmehrfabriken und Marmorwerkstätten Arbeit erhalten. Diese Leute sind häufig im Textilarbeiterverband mit einem Beitrag von 35 bis 45 Pfg. organisiert. Mit diesem Beitrag haben sie wesentlich günstigere Chancen in bezug auf Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wie bei uns, und wollen aus diesem Grunde nicht gern übertreten, was auch begreiflich ist. Jetzt, bei der Hilfsarbeiterfrage, wird es wohl auch an der Zeit sein, daß sich der Verbandstag wiederum mit der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt. Wenn eine Unterstützung wie in den andern Zentralverbänden bei uns nicht möglich ist, dann müssen wir uns vorläufig mit etwas Geringerem begnügen. Aber über diesen Punkt werden wir nun nicht mehr hinwegkommen, hauptsächlich wenn sich der Verband erweitern soll. Es soll sich denn auch der Verband nicht nur ausbreiten, damit wir mit einer großen Mitglieder-

zahl rechnen können, sondern der Verband muß auch in die Tiefe wachsen. Wir haben in Hof schon oft die Erfahrung gemacht, daß die Mitgliederzahl nach einer Agitationstour momentan in die Höhe schneit, um in kurzer Zeit wieder auf den alten Stand zurückzufahren. Solche unerfreulichen Zustände findet man überall. Der Mindestzweck sollte etwas mehr hintangesetzt und der kollegiale Geist mehr gehoben werden.

Käfer, Steinmetz.

Der Papst und die christlichen Gewerkschaften.

Bekanntlich tobt zwischen den Leitern der sogenannten Berliner Richtung der katholischen Gewerkschaftsbewegung, das heißt den Anhängern der katholischen Fachvereinsorganisation, und den Merxialen Führern der christlichen Gewerkschaften ein erbitterter Kampf, da die „Berliner“ bekräftigen, daß in den christlichen Gewerkschaften, die auch manche protestantische Mitglieder haben, der katholische Glaube durch das Zusammenwirken mit Andersgläubigen gefährdet werden könnte. In diesem Kampfe der feindlichen Richtungen hat jede sich nach hohen Söhnen und Schülern im Episkopat umgesehen und diese auch gefunden. Die Anhänger der strengen Berliner Richtung finden Unterstützung beim Bischof Kopp von Breslau und dem Erzbischof von Trier, während der Kardinal-Erzbischof Fischer von Köln, dem Zwange folgend, nicht dem eignen Triebe, die christliche Gewerkschaftsbewegung begünstigt, die vornehmlich im Rheinland und in Westfalen ihr Domizil hat.

Auch die Autorität des Papstes ist verschiedentlich direkt und indirekt von den zwei feindlichen Brüdern angerufen worden, doch hat dieser es bisher vermieden, offen in den Streit einzugreifen und sich für die eine oder andre Richtung zu entscheiden. Um so bedeutungsvoller ist, daß, wie die „Germania“ berichtet, der Papst sich jetzt für die streng auf dem Boden der katholischen Kirche stehende gewerkschaftliche Organisation ausgesprochen und diese als allein berechtigt anerkannt hat. Im Dekonomischsozialen Verein für die italienischen Katholiken, der seinen Sitz in Bergamo hat, war nämlich aus Anlaß der Errichtung eines Generalsekretariats für die dem Verein angeschlossenen Gewerkschaften die Frage aufgetaucht, ob dieser neuen Zentrale auch solche berufliche Verbände und Vereinigungen angegliedert werden dürften, die zwar nicht ausgesprochen katholisch seien, aber an den Grundsätzen christlicher Gerechtigkeit festhielten. Schließlich wurde die Autorität des Papstes angerufen, der in einem Schreiben an den Präsidenten des Vereins, den Grafen Medolago Albani, folgendes antwortete:

Sehrer Herr Graf! Nachdem wir das neue Statut für den Zusammenschluß der gewerblichen Verbände und Vereinigungen gelesen und darüber nachgedacht haben, ist es uns, obwohl wir von den vorzüglichen Absichten der mit der Ueberlegung betrauten Herren durchaus überzeugt sind, ganz und gar unmöglich, es anzunehmen, und noch weit weniger, es zuzubilligen. Die in dem Memorandum angeführten Gründe haben uns nicht nur überzeugt, daß der angestrebte Zweck, den laien und zweifelhaften Katholiken das Statut tatsächlich annehmbar zu machen und für den Gesamtverband eine Vertretung bei der Regierung zu erlangen, nicht erreicht wird, sondern es ist auch wider loyal, noch vornehm, das katholische Bekenntnis unter falscher Flagge segeln zu lassen, als ob es eine Ramsch- und Schmuggelware wäre. Es ist ferner nicht abzusehen, bis zu welchem Punkte mit dem Begriff „christliche Gewerkschaft“, der genugsam weit und gefährlich ist, der Geist der angeschlossenen Verbände und folglich auch die Personen, die in den Vorständen gewählt werden, noch gelangen können. Möge die Unione Economico-Sociale also müdig die katholische Fahne hochhalten und an dem am 20. März dieses Jahres abgeschlossenen Statut festhalten. Da wir mit diesem Statut den Zweck des Zusammenschlusses erreichen? Wir würden dem Herrn Grafen dank sagen. Soll unser Wunsch verwirklicht werden, dann bleiben uns unsere Einzelverbände, unsere katholischen Einzelverbände, und sie werden den Geist Jesu Christi bewahren, der sie sicher segnen wird. Haben Sie die Güte, Herr Graf, diese Entscheidung den Mitgliedern der Kommission mitzuteilen, denen ich wie auch Ihnen von Herzen den apostolischen Segen erteile. Den 22. November 1900. Pius X. Papst.

Der Brief spricht den gemäßigten christlichen Gewerkschaften jede Berechtigung ab; denn was für Italien gilt, das gilt auch für Deutschland. Trotzdem wird man in Deutschland vorläufig die christlichen Gewerkschaften weiter dulden, da die Durchführung der Forderung einer streng konfessionellen Sonderung die christliche Gewerkschaftsbewegung sprengen und den Einfluß des Zentrums auf die rheinisch-westfälische Arbeiterchaft beträchtlich vermindern würde. Trotzdem ist es interessant zu sehen, wie man in Rom über die christlichen Gewerkschaften denkt.

Literarisches.

Im Verlag von Paul Singer in Stuttgart ist soeben erschienen: Friedrich Schiller. Chromotypie in vier Farben nach einem für die bekannte Zeitschrift Der Wahre Jacob gemalten Bilde von Hans G. Jensch. Auf feinem Wattenkarton, Format 25x33 Zentimeter, Ladenpreis 50 Pfg.; wenn direkt vom Verlag bezogen für Bewandung und Porto 20 Pfg. extra.

Der Verlag hat von diesem Bild, das bei seinem Erscheinen im Wahren Jacob allseitige Beachtung und Anerkennung fand, Sonderabdrücke herstellen lassen, auf denen die Vorzüge des Bildes infolge der Güte des verwendeten Materials und sorgfältigen Drucks noch besonders hervortreten. Dem wachsenden Bedürfnis nach künstlerisch hervorragendem und dennoch nicht zu teuerem Wandschmuck für das Heim des Arbeiters wird durch die Herstellung dieses Bildes in glücklicher Weise entgegengekommen. Es ist daher als ein geeignetes Weihnachtsgeschenk durchaus zu empfehlen.

Die Arbeiterjugend enthält in ihrer Nr. 23 folgende Beiträge: Lehrjahre. — Was ist Sozialismus? Von Gustav Eckstein. — Der junge Schiller. II. Kindheit und Jugendjahre. — Die Aufgaben unserer Jugend. Von Therese Schlegel. — Die politischen Parteien. Von Julian Borchardt. — Neue Jugendheime. (Illustriert). — Polizeispindel und Jugendorganisation. — Alarmierende Justiz usw.

Beilage: Vier Tage. Von W. Garfkin. — Zuerst Mama und dann Papa. Erzählung von W. Scharrelmann. — Fritz Rastfuß. Gedicht von Fontane.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 11. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Kieler Wertprozess. — Cesare Lombroso. Von Dr. W. A. Bongor. — Die Theorie der Bege. Von J. Mehring. — Zur Methode der politischen Dekonomie. Von Gustav Eckstein. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg. Wilhelm Büttling, Garantien der Harmonie und Freiheit. Wilhelm Wolff, Gesammelte Schriften. Von Hermann Wendel. Franz Oppenheimer, David Ricardos Grundrententheorie. Von G. Eckstein. Professor Dr. Jul. Dalsché, Allgemeines Staatsrecht. Von M. N. A. Dmowski, La question polonaise. Von Carl Adel. — Notizen: Wirkt der Schnapsbottel? Von H. Darf, Breslau. Die Abhängigkeit der Krankheiten von ökonomischen Verhältnissen. Von Lipsius. — Zeitschriften-